

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 162.

Mittwoch, den 15. Juli 1914.

21. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“

Abrüstung.

Von Richard Gädte.

Mit tiefer innerer Genugtuung erfüllt es unsere Rüstungsprelle, erfüllt es die ganze Welt, die sich in Deutschland das Monopol des „Patriotismus“ aus höchst eigener Machtvollkommenheit beigelegt hat, daß sich in Frankreich eine Mehrheit für das Dreijahresgesetz wieder gefunden hat. Wie in Deutschland sind es nur die Sozialisten, die entsetzte und grundsätzliche Gegner der Rüstungswut geblieben sind; wie in Deutschland die sogenannten Fortschrittler, so bleiben in Frankreich die Radikalen darin stecken, dem Gedanken der Erleichterung der Rüstungen eine höfliche Verbeugung zu machen, während sie praktisch seine Verwirklichung mit einigen banalen Redewendungen auf den Nimmermehrstag verschieben. Mit wohlwollender Herablassung verächtlich in holdester Uebereinstimmung agrarische wie liberale deutsche Organe durch den Mund sogenannter Sachverständiger, daß man in Frankreich die Bedeutung überschätze, die wir der Abschaffung oder Fortdauer des Dreijahresgesetzes beilegen. Das würde in richtiges Deutsch oder richtiges Französisch überjetzt lauten: „auch wenn ihr abrüstet, wir rüsten weiter“. Darf man sich wundern, daß derartige Gedankengänge die europäische Welt mit Unruhe erfüllen und Deutschland im Lichte des Friedensstörers erscheinen lassen? Es ist ungefähr der gleiche Standpunkt, den unsere Flottenenthusiasten England gegenüber unentwegt eingenommen haben: „Wir bauen weiter, solange es uns Spaß macht und unsere Mittel reichen, und wenn's Euch nicht gefällt, dann justament gerade!“

Ich will nicht leugnen, daß neben dem materiellen Interesse der Waffen- und Schiffsindustrie, das allerdings sehr in die Waagschale fällt, bei vielen Deutschen ein starker, aber falsch verstandener Patriotismus die treibende Kraft ihrer Rüstungsbegeisterung ist. Bei den meisten jungen Leuten der gebildeten Stände wirkt in dem Untergrunde ihres Bewußtseins der alte Traum germanischer Weltbeherrschung instinktiv mit; sie verwechseln die politische Macht des Staates, verwechseln dessen ausgreifende Eroberungs- und Herrschaftspolitik mit der Wohlfahrt, dem Glück, dem Gedeihen des Volkes. Und insofern glauben sie wenigstens patriotisch zu sein, während sie in Wahrheit unreif sind und einen erschreckenden Mangel geschichtlicher Einsicht zeigen. Bei der Menge der Flotten- und Wehrvereiner ist es einfach Modefrage, sie schwimmen mit dem Strom mit, um gute Kinder zu bleiben und sich mit den Mächtigen nicht anzulegen. Diese selbst aber bedürfen der Rüstungen, bedürfen der Furcht vor dem Kriege um ihrer eigenen Machtstellung willen.

Die Rüstungen sind gewiß nicht allein von Deutschland ausgegangen; jahrelang hat Frankreich nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges von 1870-71 die Revanche gepflegt und für die Revanche sich vorbereitet. Aber dann wuchs eine neue Generation heran, dann kam eine friedliche Tendenz auf; es kam der Streit mit England um Fashoda, und es kam im Jahre 1905 das Zweijahresgesetz, durch das Frankreich endgültig dem militärischen Wettlauf mit Deutschland zu entzagen schien. Alle chauvinistischen Federn der deutschen Presse waren damals in eifrigster Arbeit, diese zweifelloste friedliche Strömung in Frankreich mit dreifacher Stirn abzuleugnen; unsere westlichen Nachbarn wurden nach wie vor als unser Erbfeind hingestellt, mit dem eine Versöhnung unmöglich sei, weil man sie eben jenseits der Grenze nicht wolle. Man hatte auch bald einen neuen Zankapfel gefunden: Marokko! Und zugleich das steigende Zerwürfnis mit England! Niemals ist die deutsche Politik so ungeschickt, so herausfordernd, so von wechselnden Launen abhängig und unentschlossen gewesen. In den Jahren von 1905 bis 1913 haben wir den Rest unseres Ansehens in der Welt verloren. Sinfert glaubte unsere gedankenlose Diplomatie es nur durch immer gewaltigere Rüstungen mühsam erhalten zu können.

Torheit, daß der Balkankrieg sie nötig gemacht hätte; nein, die Unfähigkeit unserer Leitung hat Deutschland die neuen gewaltigen Opfer auferlegt; sie hat auch die wachsende Deutschfeindschaft in Rußland zum großen Teile mitverschuldet. Von hier, nicht mehr von Frankreich, droht — wenn überhaupt — der Fortdauer des Friedens die ernsteste Gefahr!

Aber die Franzosen glaubten sich durch unsere Wehroverlage unmittelbar bedroht, und die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit war die unmittelbare Folge. Eine Antwort beinahe der Verzweiflung; denn die Kriegsstärke des französischen Heeres wird dadurch nicht um einen einzigen Mann erhöht, nur die

Kriegsbereitschaft vermehrt. Aber welche ungeheuren Lasten hat das Volk damit auf sich genommen, finanziell wie wirtschaftlich, und mit welchem unzureichendem Erfolge!

Jaurès hat sich das Verdienst erworben, in seiner „Humanité“ die außerordentlichen Lücken nachzuweisen, die Tod, Krankheit, Urlaub fortwährend in die Reihen des französischen Heeres reißen. Während seine Totalstärke im April dieses Jahres 725 836 Mann betragen sollte, waren tatsächlich nur 572 831 unter den Fahnen; es fehlten also nicht weniger 152 955 Mann. Beiläufig gelagt beträgt die Durchschnittsstärke des deutschen Heeres 764 893 Mann, sie ist also um

192 012 Mann

größer als die tatsächliche Stärke des französischen Heeres im April 1914.

Und während nach Einführung des Dreijahresgesetzes dessen Totalstärke gegenüber dem April 1913 um volle 192 425 Mann sich hätte vermehren sollen, beträgt der tatsächliche Zuwachs nur 96 805 Mann; der Abgang hat sich also gegenüber dem Zweijahresgesetz um 95 620 Köpfe vergrößert.

Vielleicht hat Jaurès doch nicht ganz unrecht, wenn er meint, daß das Volkshver, das er zu schaffen wünscht, nicht nur billiger sei und geringere wirtschaftliche Schäden nach sich ziehen, sondern zugleich einen höheren Nugertrag bringen würde.

Aber auch für uns ergeben sich lehrreiche Betrachtungen. Zunächst ist es ja gar nicht wahr, daß der Beibehalt des dreijährigen Dienstes unseren Alldeutschen so gleichgültig ist. Seine großen Schäden verschweigen sie — natürlich nur aus freundschaftlicher Rücksicht für die französischen Kameraden; so lange es aber besteht, gewährt es ihnen den glänzendsten Agitationsstoff für weitere Heeresvermehrungen in Deutschland. Man braucht ja nur die grotesk-phantastischen Zahlen, mit denen Herr Keim seine gläubigen Zuhörer füttert, der nüchternen und grauen Wirklichkeit gegenüberzustellen, wie sie die obige Zusammenstellung der französischen „Humanité“ nachweist. Hätten jetzt die Franzosen eine Abschaffung des Dreijahresgesetzes in nahe Aussicht gestellt: nichts wäre unseren Rüstungsfanatikern unangenehmer gewesen.

Immerhin: in Frankreich hat man doch wenigstens die Möglichkeit zugegeben, unter gewissen Bedingungen zu einer Erleichterung der Dienstpflicht schreiten zu können. Bei uns leugnet man sie schamlos und mit jenem Tone hoffärtigen Besserwissens, der eines der übelsten Kennzeichen unserer Bureaucratie ist. Unsere ganze sogenannte Jugendausbildung ist nichts als eine patriotische Spielerei zu alldeutschen Zwecken; einen praktischen Wert hat sie nicht. Und doch steht für uns noch mehr als für Frankreich die Sache so, daß wir ein Gleichgewicht oder gar ein Uebergewicht unserer militärischen Kräfte nicht mehr durch die mobilisierte Friedensarmee, wie stark sie auch sei, sondern nur durch eine solide Organisation unserer zahllosen Reserven, d. h. durch eine Annäherung an das verpönte Milizsystem gewinnen können. Aber unsere uniformierte Bureaucratie ist vielleicht noch gedankenärmer als die nichtuniformierte. Und doch liegt die Aufgabe der Zukunft in der Verkürzung der Dienstzeit, in der militärischen Jugendausbildung und in der streng territorialen Gliederung des Heeres. Jeder Bezirk ein Regiment! Das ergibt nämlich zu gleicher Zeit die schnellste und glatteste Kriegsbereitschaft, eine viel bessere als unser gegenwärtiges System. Freilich müßte man dann auch die Waffen dem Manne in die Hand geben — wie in der Schweiz!

Doch ich will aufhören: vielleicht erblickt man in dieser Anregung bereits die Aufforderung zum Hochverrat! Bei uns und in Rußland ist alles möglich. In Wirklichkeit aber glaube ich, daß solche wahrhafte Volksbewaffnung nur der erste Schritt zur allgemeinen Abrüstung sein wird und sein soll. Je mehr die Völker Herren ihrer Geschicke werden, desto seltener wird die Notwendigkeit eines Krieges an sie herantreten.

Die Wahlen zum dänischen Landsting,

das bekanntlich vor etwa einem Monat aufgelöst wurde, weil dessen konservative Majorität wiederholt die Durchführung der Verfassungsreform verhinderte, sind nun abgeschlossen und haben den Parteien, welche Anhänger der Verfassungsreform sind, einen glänzenden Sieg gebracht. Die Liberalen haben drei, die Radikalen zwei Mandate von den Konservativen gewonnen; während unsere Partei ihren bisherigen Besitzstand — vier Mandate — behauptete, was unter dem bestehenden Wahlsystem auch nicht anders zu erwarten war. Im ganzen verfügen im neuen Landsting die reformfreundlichen Parteien, Liberale, Radikale und Sozialdemokraten, über 38 Man-

date, die Konservativen über 28, wodurch also endlich die Verfassungsänderung auch in dieser Kammer gesichert ist. Im verflorenen Landsting sahen bekanntlich je 33 Anhänger und Gegner der Vorlage, und die letzteren konnten also, da sie den Präsidenten stellten, nur noch infolge von Obstruktion die Durchführung der Reform verhindern. Im neuen Landsting wird die Reform, da die Liberalen nun den Präsidenten stellen, eine Mehrheit von neun Stimmen haben. Das ist das erfreuliche Resultat dieser Wahlen, die außerordentlich stürmisch verliefen. Ueberall im Lande herrscht großer Jubel, um so mehr, als nur die allergrößten Optimisten dieses Resultat erhofften, während für den größten Teil des Volkes der Ausgang der Wahl recht zweifelhaft war. Aber neben der konkreten Tatsache eines endgültigen Sieges hat diese Wahl auch die Frage erledigt, ob eine Auflösung der von der Krone auf Lebenszeit ernannten 12 Abgeordneten verfassungsmäßig zulässig sei oder nicht. Ueber diese Frage entstand ja in den letzten Wochen ein heftiger Streit, der auch zu Differenzen zwischen dem Ministerium und dem König führte, woraus die Gegner der Reform neue Hoffnungen schöpften. Infolge des günstigen Ausgangs der Wahl fällt es nun absolut nicht mehr ins Gewicht, daß unter diesen zwölf Abgeordneten drei Gegner der Reform sitzen; sie können die Durchführung der Reform nicht mehr verhindern. Und damit ist die Hoffnung der Gegner auf eine Ministerkrise, auf den Abgang des radikalen Ministeriums Zahl 1, zuhanden geworden, was man ja gar zu gerne gesehen hätte, weil dadurch die Reform zwar nicht verhindert, aber doch verschleppt worden wäre.

Daß das Wahlergebnis so überaus glänzend ausgefallen ist, liegt nur an der beispiellosen Einigkeit des dänischen Volkes in dieser Frage. Völlig untereinander einig in der Gegnerschaft gegen die politischen Privilegien, bekämpften Sozialdemokratie, Radikale und Liberale die Konservativen als die Beschützer der Privilegienwirtschaft. Nur dadurch war es möglich, den Sieg zu erringen, denn das ungleiche Wahlrecht gibt den Höchste besteuerten in den Städten und den direkten Wählern aus den Reihen der Großgrundbesitzer dasselbe Recht, wie dem gesamten übrigen Volke. Zwar wurden bei den allgemeinen Wahlmännerwahlen am 29. Juli die Konservativen vollständig geschlagen und die Aussicht auf den Gewinn von zwei Mandaten zugunsten der Anhänger der Verfassungsreform war die beste, allein nur unter der Bedingung, wenn nicht alle direkten Wähler samt und sonders für die Erhaltung der Privilegien, also für die Konservativen, stimmten. Das geschah denn auch nicht; etwa 100 von den circa 1100 direkten Wählern stimmten für die Aufhebung der Privilegien, wodurch die Niederlage der Konservativen besiegelt war. Wie ungerecht das Wahlrecht zum Landsting ist, geht schon daraus hervor, daß ein Großgrundbesitzer dasselbe Recht hat, wie ein ganzes Bauerndorf oder wie etwa 25 000 Industriearbeiter, woraus man aber auch weiter ersehen kann, daß das Land überhaupt gegenüber den städtischen Arbeitern bevorzugt ist. Unter solchen Umständen ist es für unsere Partei zwecklos, an die Eröberung neuer Mandate zu denken, wir mußten uns mit unfrem bisherigem Besitzstand begnügen und den übrigen verfassungstreuen Parteien zu ihrem Gewinn überlassen.

Mit dieser Wahl kann nun auch der bald fünfjährige jährige Kampf um eine Verfassungsänderung in Dänemark als abgeschlossen gelten. Die Verschlechterung der Verfassung vom Jahre 1849, die man 1866 mit den schmutzigsten Mitteln durchführte, um einer Clique von Großagariern und dem Adel entscheidenden Einfluß auf die Geschicke des Landes zu sichern und die Gehegung zu ihrem Vorteil zu gestalten, ist durch diese Wahl wieder weitgemacht worden. Der Einfluß dieser Clique ist beseitigt. Das allgemeine Stimmrecht für Männer und Frauen hat gesiegt und damit die Gerechtigkeit gegenüber den bisher fast rechtlosen und beschloßen Klassen. In Zukunft ist in Dänemark der letzte Arbeiter oder Arbeiterin politisch gleichberechtigt mit dem größten Agrarier und dem reichsten Kapitalisten, und das ist vor allen Dingen dem klugen, taktischen Vorgehen der dänischen Sozialdemokratie zu verdanken. Und auf dieser neuen Basis wird es unserer dänischen Bruderpartei in der Zukunft auch leichter sein, für die ökonomische Freiheit und Gleichstellung der Arbeiter zu kämpfen und zu siegen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Änderung der Reichsverfassung.

Die in Aussicht genommene Neuverteilung der Zollenschuldungen, mit der sich bereits die Bundesregierungen einverstanden erklärt haben, macht eine Änderung des Artikels 38 der Reichsverfassung notwendig. Ueber die Änderung des jetzigen Zustandes sind vielfach Wünsche laut geworden; ganz besonders hat sich in Schaf-

Lothringen durch die jetzige Zollverteilung ein Mißverhältnis in den Finanzen herausgestellt, das dringend der Beseitigung bedarf. Die in Vorbereitung befindliche Gesetzesvorlage dürfte auch die Abänderung einer ganzen Anzahl von Reichsgesetzen u. a. des Stempelgesetzes und des Wechselstempelgesetzes notwendig machen.

Der Massenstreik — die modernste Form der Revolution.

Die „Berl. Polit. Nachr.“ beschäftigen sich am Montag abend wieder einmal mit dem Massenstreik. Sie schreiben im Anschluß an eine Notiz, in der gegen ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit der bürgerlichen Demokratie das Wort geredet wird:

„Bekanntlich ist wiederholt auf den sozialdemokratischen Parteitagungen der politische Massen- oder Generalstreik von Partei wegen in die Reihe der sozialdemokratischen Kampfmittel aufgenommen worden. Man hat auch sowohl im Abgeordnetenhaus als außerhalb desselben gedroht, die Einführung des gleichen Stimmrechts in Preußen mittels des Generalstreiks zu erzwingen, sofern die Gesetzgebung sich dazu nicht freiwillig bereitfände. Dem geordneten Organ des Staates auf anderen als dem in der Verfassung vorgesehenen Wege den Willen des Proletariats aufzuzwingen, ist aber das absolute Gegenteil von gesetzmäßigem Vorgehen. Ein solches Bestreben hat alle charakteristischen Merkmale der Revolution an sich und mit Recht deshalb der politische Massenstreik als die modernste Form der Revolution bezeichnet. Jetzt geht man, wenigstens in Groß-Berlin, auch damit um, den Massenstreik praktisch vorzubereiten und einen Kriegszug dafür einzusammeln. Man wird nach alledem sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß, wenn die Sozialdemokratie behauptet, ihr Endziel nur auf gesetzmäßigem Wege erreichen zu wollen, dies reine Klunkererei ist und daß ein starkes Maß von geistiger Blindheit dazu gehört, sich durch solche plumpen Lockmittel für ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie fördern zu lassen.“

Solange die heutige herrschende Gesellschaft es duldet, daß Arbeiter hungern müssen, wenn sie keine Arbeit haben oder wenn sie von den Unternehmern auf die Straße gesetzt werden, solange muß sich dieselbe Gesellschaft es auch gefallen lassen, daß Arbeiter alle die Unbillen der Arbeitslosigkeit freiwillig auf sich nehmen, wenn sie den Zeitpunkt hierfür gekommen erachten.

Kriegsministerium und Militärkabinett.

Der für das Kriegsministerium hergestellte Neubau in der Viktoriastraße in Berlin ist bekanntlich vom Reichstag dem Reichsschatzamt überwiesen worden mit dem Auftrage, das Grundstück möglichst gut zu verwerten. Mit überwältigender Mehrheit hatte der Reichstag zum Ausdruck gebracht, daß dieses Gebäude auf keinen Fall dem Militärkabinett zur Verfügung gestellt werden dürfte. Die Angelegenheit scheint nun in ein neues Stadium getreten zu sein.

In kürzerlichen Blättern sind Notizen aufgetaucht, wonach sich die Anwohner der dortigen Gegend über die „Ruine“, die geeignet sei, das ganze Bild zu verschandeln, beschwert haben. Angeblich besteht auch das Votivprädicium darauf, daß der Bau verpugt und verglast werden soll. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß das Kriegsministerium trotz alledem auf seinem Plan beharre, das Militärkabinett doch noch dort unterzubringen. Dem Reichstag soll nämlich eine Vorlage zugehen, die einen Neubau für das Militärkabinett fordert und man hofft, daß der Reichstag dann doch noch nachgeben und das Gebäude in der Viktoriastraße zur Verfügung stellen wird.

Es mag richtig sein, daß der Rohbau in der Viktoriastraße nicht gerade einen ästhetischen Anblick bietet; ihn fertig zu stellen liegt aber auch kein Anlaß vor, solange man nicht weiß, welchem Zweck das Gebäude künftig dienen soll. Viel einfacher wäre es, man würde das Gebäude einfach abtragen. Der Wert der dortigen Liegenschaften beruht nicht etwa in den Gebäuden, sondern in den Grundstücken. Die Baukosten stehen zum Wert der Grundstücke in einem ganz minimalen Verhältnis. Wenn eine offenbar von oben herab beeinflusste Korrespondenz nun mitteilt, daß dem Reich in jedem Monat eine Summe von rund 17 000 Mark verloren gehe, so wäre es immer noch billiger, das Gebäude zu beseitigen. Wir glauben nicht, daß der Reichstag nachträglich doch noch umfallen wird. Dazu haben sich die Parteien denn doch zu sehr festgelegt.

Wenn Herr von Falkenhayn ein neues Gebäude für das Militärkabinett will, dann wird er erst die Notwendigkeit eines solchen Neubaus nachweisen müssen. Das jetzige Gebäude in der Behrenstraße genügt noch auf Jahre hinaus, wenn man dem Chef des Militärkabinetts, General von Lynder, die Wohnung nimmt, die er in dem Gebäude inne hat. Die Angabe des Kriegsministeriums, daß der General Anspruch auf eine Dienstwohnung habe, steht auf recht schwachen Füßen. Eine Dienstwohnung kann aber auch nur dann zur Verfügung gestellt werden, wenn eine solche vorhanden ist. Werden in diesem Falle die Wohnräume des Generals zu Bureauzwecken benutzt, dann erhält der General eine Wohnungsentföndigung von jährlich 15 333 Mark, eine Summe, für die man in Berlin stets eine Wohnung bekommen kann, die würdig ist, einem preussischen General zum Aufenthalt zu dienen. Das Militärkabinett ist in einer heutigen Form eine verfassungswidrige Einrichtung und der Reichstag darf unter keinen Umständen eine Hand dazu bieten, daß das Militärkabinett auch noch außer hin eine Stellung einnehmen kann, die seinen überragenden Einfluß so recht deutlich zum Ausdruck bringt.

Das amtliche Ergebnis der Koburger Reichstags- erjahrung.

Bei der Reichstagsersjahrung am 10. d. Mts. im Wahlkreise Koburg-Gotha I wurden bei 17 123 Wahlberechtigten 14 886 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten Rechtsanwalt Hofmann-Hof in Bayern (Soz.) 571, Fabrikant Arnold-Neupadt bei Koburg (Fortf. Volksp.) 567 und Amtsgerichtsrat Dr. Stoll-Rohrig (Nat.) 346 Stimmen. Zerplittert waren zwei Stimmen. Es ist engere Wahl zwischen Hofmann und Arnold erforderlich, die am 17. d. M. stattfinden wird.

Der Gemeindevahlrechtsstreit in Anhalt

ist am Montag vom Landtage sanktioniert worden. Gegen 4 Stimmen wurde die neue Gemeindeordnung, die der Arbeiterklasse in Anhalt jeden Einfluß in den Gemeindeparsamenten nimmt, in dritter Lesung angenommen. Das neue anhaltische Gemeindevahlrecht, das von den koalitierten Konservativen und Nationalliberalen gemacht wurde, hat bei der fortgeschrittenen Bevölkerung Anhalts große Empörung ausgelöst. Bei den nächsten Landtagswahlen, die im Herbst stattfinden und bei den nächsten Gemeinderatswahlen werden voraussichtlich die Sozialdemokraten, Demokraten und Fortschrittler geschlossen gegen die Konservativen und Nationalliberalen kämpfen; denn nur durch ein geschlossenes Vorgehen der Linken ist es möglich, der Reaktion die Mandate in den untersten Abteilungen zu entreißen. Wenn die anhaltische Regierung und die mit ihr verbündeten Parteien meinen, durch die neuen reaktionären Wahlgeseze der Sozialdemokratie Abbruch tun zu können, so irren sie sich sehr. Man kann uns einen Stein in den Weg rollen, man kann uns kleinliche Schwierigkeiten bereiten; unsern stetigsten Vormarsch sehen wir trotz alledem weiter fort.

Der sächsische Kriegsminister und die Soldaten- mißhandlungen.

Der sächsische Kriegsminister, Generalleutnant von Carlowitz, hat auf dem Bundestage der sächsischen Militärvereine in Meissen eine Rede gehalten, in der er auch die Soldatenmißhandlungen und die jüngsten Prozesse, die sich mit diesen Mißhandlungen beschäftigten, erwähnt. Er sagte u. a.: „Ich leugne nicht, daß wir in der Armee eine Anzahl von Elementen haben, die wir je eher je lieber abstoßen möchten nach dorthin, woher sie gekommen sind. Ich leugne auch nicht, daß die Soldatenmißhandlungen noch nicht mit Stumpf und Stiel ausgerottet sind, aber man sollte sich doch mehr vor maßlosen Ueber-treibungen hüten und den guten Willen der Heeresverwaltung, hier vollkommene Besserung herbeizuführen, nicht in Frage ziehen.“

Selbst ein bürgerliches Blatt, wie die „Berl. Volkszeitung“, bemerkt zu diesem Erguß: „Den guten Willen der Heeresverwaltung in allen Ehren! Aber mit dem Abstoßen der Soldatenmißhändler will es nicht so gehen, wie es der neue sächsische Kriegsminister leider wünscht. Sehr selten sind die Fälle, wo ein Unteroffizier, der Soldatenmißhandlungen selbst schwerer Art begangen hat, deshalb zur Entlassung aus dem Heere bestraft wird. Die meisten Soldatenquälereien bleiben der Armee nach Abbüßung ihrer Strafe erhalten, so daß, wenn die Heeresleitung auch den guten Willen haben mag, die Soldatenmißhandlungen auszurotten, sie leider nicht den richtigen Weg betritt, diesem ihrem Willen den erhofften Erfolg zu sichern.“

Frankreich.

Anklagen gegen die Heeresverwaltung. In der Sitzung des Senats kritisierte der Senator Charles Humbert in scharfer Weise Mißstände im französischen Heere. Er behauptete, die Artillerie sei mangelhaft. Deutschland verfüge über besseres Material. Es fehle an Geschützmunition wie an Ausrüstungsgegenständen, z. B. fehlten zwei Millionen Paar Schuhe. Die Befestigungen in den Forts zwischen Toul und Verdun seien seit 1875 nicht verbessert worden. Man müsse die Organisation und die Denkwiese der leitenden Stellen der Armee ändern. Die Kriegsminister wechselten zu oft und seien über ihren Dienst schlecht unterrichtet. Der Kriegsminister Messimi erklärte, daß die Mehrzahl der von Humbert vorgebrachten Tatsachen an sich richtig sei, aber das seien nur Ausnahmen. — Die Enthüllungen des Senators Humbert über den Zustand des französischen Kriegsmaterials und die daran geknüpfte Debatte haben im Parlament und in der Presse das größte Aufsehen hervorgerufen. — Laurès schreibt in der Humanité: „Wußten denn die Senatoren nicht, daß die Militärverwaltung Schablonen hat und ohne jede Voraussicht arbeitet? Hat der Standal des Dreijahresgesetzes, das nur die vom Bureau des Kriegsministeriums begangenen Fehler verhillen sollen, nicht genügt, um dem Senat die Augen zu öffnen? Die Enthüllungen Humberts haben auf die Senatoren wie die Explosion einer Bombe gewirkt. In der Kammer sind schon viel schlimmere Tatsachen enthüllt worden. Aber man wollte nicht hören und nicht begreifen. Diesmal jedoch scheint der Senat aufgerüttelt worden zu sein. Das Defizit von einer Milliarde, das amtlich in der Kammer eingestanden wird, und die Zerrüttung unseres ganzen Verteidigungssystems, die im Senat verkündet wird, ohne daß die Minister das Land sofort beruhigen können, dahin ist es mit uns gekommen! Soweit hat die seit einigen Jahren bestehende rückschrittliche Militär- und Kolonialpolitik Frankreich gebracht!“

Annahme des Budgets im französischen Senat. Der Senat nahm mit einigen Abänderungen das Budget in seiner Gesamtheit einstimmig an.

Balkan.

Erstreckliches aus dem Herzogtum. Während des zwischen den albanischen Aufständischen und den Epiroten geschlossenen Waffenstillstandes werden von beiden Seiten delegierte eintreffen, um zu verhandeln. Die Albanier sind zu großen Zugeständnissen bereit. — Der Bürgermeister von Balona telegraphierte: „Unter der Maske epirotischer Freischaren brechen fort und fort griechische Truppen über die Grenze, in der rechten Hand das Bajonett, in der linken die Brandsädel, und treiben die Hunderttausende von Männern, Frauen, Greisen und Kindern brennend und sengend vor sich her. Die Armen fliehen, die meisten brechen aber in den Wäldern und Bergen des Bojussa-Tales zusammen und sterben dort den Hungertod.“ Es wird die Bitte ausgesprochen, die Großmächte möchten dieser großen Not im Namen der Menschheit ein Ende machen.

Alle Nachrichten über geplante Kundgebungen gegen österreichisch-ungarische Staatsangehörige sind, wie das Serbische Pressebureau mitteilt, grundlos. Sie seien auf irrtümliche Informationen in der österreichisch-ungarischen Kolonie zurückzuführen. Das genannte Pressebureau fordert die Belgrader Zeitungen auf, die Verdächtigun-

gen gegen die österreichisch-ungarische Gesandtschaft zu unterlassen.

Man befürchtet, daß Balona innerhalb zwei Tagen fallen wird. General de Meer beabsichtigt, Balona mit der Besatzung zu verlassen, da die Stadt wegen ihrer ungünstigen Lage und der geringen Besatzung den Aufständischen nicht standhalten könne. Zwei italienische Dampfer befinden sich unterwegs nach Balona, um die italienische Kolonie in Sicherheit zu bringen.

Mexiko.

Die Insurgenten durchstreifen die ganze pazifische Küste Mexikos. Die Städte werden geräumt. Ueberall wird der Waffenstillstand verhöhnt. Die Gefangenen werden ausgekauft. In Santa Rosalia kamen die Bundestruppen und Konstitutionalisten gestern zusammen und beschloßen, mit Carranza gemeinsame Sache zu machen. In Guaymas wurde ein Waffenstillstand bis zum 20. Juli vereinbart. Inzwischen nehmen vier große mexikanische Handelsschiffe schnell die Federalisten an Bord, die in wenigen Tagen Guaymas verlassen haben dürften.

Japan.

Im Marine-Bekleidungsprozeß wurde am Dienstag das Urteil gefällt. Es wurden verurteilt: Pooley zu zwei Jahren Gefängnis, Herrmann zu einem Jahr, Blundell zu zehn Monaten und Kaga zu vier Monaten Gefängnis. Die Strafvollstreckung wurde für sämtliche Verurteilten, außer für Pooley, um drei Jahre hinausgeschoben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Wittwoch, 16. Juli.

Tritt gefaßt!

Vor dem Bahnhof anmarschiert eine Buren- und Ost-Afrikaner-, ach nein — Pfadfinder-Kompagnie. Ein 17- bis 18-jähriger Oberbefehlshaber, befeuert, voll selbstbewusster Würde, hat's Kommando. Die Kommandierten respektieren aus den verschiedensten Ätern. Die Jüngsten scheinen das sechste Lebensjahr noch nicht lange hinter sich zu haben. Das Publikum staunt! Wie die Soldaten! Lieb Vaterland, laßt ruhig sein. Und richtig, jetzt erschallt Kommando: Tritt gefaßt! Und sie alle, die Achtzehnjährigen bis hinunter zu den zwerghaften Knirpsen, alle vom großen Schattenschut behütet, marschieren im gleichen Schritt hinein in den Bahnhof. Gestalt bloß noch, daß ein Stück Parade-marsch vorher ausgeführt worden wäre. Man muß nur in die Gesichter dieser „Jugend“ hineinschauen. Gesichter machen sie, als seien sie sich der großen Verantwortung, die sie für's Vaterland tragen, voll bewußt, sie erfüllen eine gewaltige heilige Mission. Man könnte jeden dieser Knirpsen schon als Anwärter auf einen Gendarmenposten anschreiben. Auf die erforderliche Strenge im Gesichtsausdruck werden sie bestens vorbereitet sein.

Kritiklose Bewunderer alles Neuen finden diese moderne Jugendfürsorge großartig, oder doch interessant, nett, obwohl ein gelinder Zweifel an der Wichtigkeit der Geschichte auch dem Naivsten nicht ganz fehlt. Wir finden diese Art der Jugendzucht einfach — grauenhaft. Uns Sozialdemokraten sagt man nach, wir wollten alles gleichmachen, uniformieren, alle Individualität töten. Kann man im Sinne dieses Wortwurfs schlimmer handeln als mit dieser Uniformierung kleiner Knirpsen, die in ein Gewand gesteckt werden, als wären sie von Kraft strotzende Männer? Kann man sich schwerer an der Jugend verübeln als hier geschieht, indem man sie nicht tun läßt, was sie will, unter Abdeckung der Grenzen, die diesem Willen im Sinne der Erziehung gesteckt werden müssen, sondern sie nur tun läßt, was sie soll, was einem normalen Menschen auch noch im zwanzigsten Jahre beim Militär das Geualtliche des Grauenhaftesten ist.

Eine rechte Jugendzucht darf kein höheres Ziel kennen, als Selbstbeachtung und Selbstdenken der Jugend zu entwickeln. Man gehe mit der Jugend hinaus in die Natur, man gehe mit ihr auch dahin, wo Kunst und Wissenschaft und Technik der Mensch Großes geschaffen, wobei aber die Umstände so gewählt werden müssen, daß das junge Gehirn nicht von der Fülle der Eindrücke überwältigt wird und voll Stauen sprachlos ist, sondern daß es den Komplex der Erscheinungen übersehen, in seinem Charakter und Zusammenhang begreifen kann, sich dadurch zu Fragen angeregt fühlt und dann auf die Fragen kundige Antwort bekommt. Wo man geht und steht, ist solche Erziehung möglich. Sie erzielt auch den Erzieher selber zur Vertiefung seiner eigenen Erkenntnis.

Wenn man diese wahre Erziehung, die unter dem Motto: „Hingehaut, aufgepaßt und nachgedacht.“ ihren Ausdruck finden könnte, mit derjenigen vergleicht, die unter dem Kommando „Tritt gefaßt!“ steht, dann kommt uns zum Bewußtsein, in welcher großen Gefahr eben die heute von allen offiziellen Machtkörpern gewollte „Jugendzucht“, richtiger „Jugenddressur“, unsere Zukunft bringt. Der Mensch ist leider das dressierbarste Wesen der Erde. Wenn man nur die nötigen Mittel dazu hat, kann man alles aus ihm machen. Wehren wir uns mit aller Energie gegen diese Dressur! Machen wir nicht wohl gar mit, was uns in Kritiklosigkeit als etwas ganz Neues vielleicht gar gefällt, sondern schaffen wir Menschen, die selbst sehen und hören und denken können und als selbständige Persönlichkeit dem Schicksal menschlicher Erkenntnis und moralischen Willens ein eigenes Stück beifügen.

b. Gewerbegericht am 14. Juli. Mit ungenügenden Beweismitteln klagte der Rutscher S. von dem Fuhrunternehmer St. einen Wochenlohn von 28 Mk. ein. Der Kläger war krank geworden und hatte auch eine Entschuldigungsgehandlung, wurde aber, als er sich wieder meldete, nicht mehr angenommen, da bereits Aushilfe eingestellt war. Während der Beflagte behauptet, S. habe gesagt, er wolle überhaupt nicht mehr kommen, erklärt dieser, daß er gerade sein Wiederkommen betont hätte. Da Zeugen nicht zugegen waren, und S. unterlassen haben soll, dem Unternehmer vom Austritt der Arbeit vorher Mitteilung zu machen, auch nach Ansicht des Gerichts eine persönliche Aussprache nicht herbeiführte — was der Kläger vergeblich veruchte — wird er kostenpflichtig abgewiesen. — Eine Streitfrage im Hotelbedienerschaft. In den meisten Fällen sind die Hotelbediener außer der Kost nur aufs Trinkgeld angewiesen. Die Besitzer überlassen es den Gästen, diese so notwendige Arbeitskraft zu bezahlen. Es mag wohl sein, daß einzelne Angestellte, die das Fett abschöpfen, dadurch besser wegkommen, andere wiederum, die vom ersten Diener angestellt werden, müssen sich mit dem Fingerkuchen begnügen. Ein Zweifelpunkt entsteht aber darüber, ob der Hotelbediener berechtigt ist, beim Verlassen oder Entlassen aus der Stellung die Gäste abzufassieren. Da dem Kläger St. dieses vom Hotelier Dr. unterzagt wurde, forderte er 100 Mk. mit der Begründung, daß er ohne Entgelt für die Gäste gearbeitet und auch die nötigen Gegenstände speziell für das Stiefelwischen selbst geliefert habe. Für die Arbeit des Stiefelwagens — einzelne Gäste stellten 10 Paar heraus und

Heute beginnen wir mit
unserem grossen

Saison-Ausverkauf

In allen Abteilungen unseres Spezialhauses für

Damen- u. Kinder-Konfektion

werden die vorhandenen Waren zwecks gänzlicher Räumung
ohne Rücksicht auf den Wert

**zu ganz ungewöhnlich billigen und bedeutend
herabgesetzten Preisen ausverkauft.**

Aus den Beständen empfehlen wir solange vorhanden:

Lange englische
Sommer-Paletots
Wert bis 12.50 **4.50 3⁵⁰**

Blaue und englische
Sommer-Paletots
Wert bis 21.00 **8.50 5⁵⁰**

Schwarze
Frauen-Mäntel
aus Voile, Rips und Tuch
Wert bis 36.00 **12.50 10⁵⁰**

Staubmäntel und
Staubjacketts
Wert bis 16.50 **6.75 4⁷⁵**

Seidene
Moiré-Jacken
Wert bis 42.00 **13.50 10⁵⁰**

Schwarze seidene
Mäntel Wert bis 65.00 **18⁵⁰**

Tuch-Capes
Wert bis 20.00 **4⁵⁰**

Ein Posten
Russenkittel
und **Sweater**
zum Aussuchen **45⁵⁰**

Ein Posten
Golfjacken
für Kinder und Er-
wachsene
Durchweg **2⁵⁰**

Ein Posten
Matinés
in schönen Mustern **1¹⁰**

Ein Posten
Kinder-Paletots
aus blauen u. Stoffen engl.
Art, Größe 1-3, Durchweg **3⁷⁵**

Ein Posten
Wasch-
Kostüm Röcke
aus gestr. imit. Leinen **95⁵⁰**

Jacken-Kostüme
modern gearbeitet, aus mel. Stoffen,
mit Cloth gefüttert. Wert bis 25.00 **6.50 4⁷⁵**

Jacken-Kostüme
aus mel. und modernen blauen
unifarb. Stoffen, mit Seidenserge
gefüttert. . . . Wert bis 45.00 **13.50 8⁷⁵**

Jacken-Kostüme
hochelegant verarbeitet, Maß-
ersatz Wert bis 65.00 **19.50 16⁵⁰**

Wasch-Kostüme
aus Leinen, Frotté und Rips, etwas
angestaubt Wert bis 32.00 **8.50 4⁷⁵**

Kostüm Röcke
in schwarz und blau Cheviot
. Wert bis 6.50 **2⁷⁵**

Kostüm Röcke
aus modernen melierten und karierten
Stoffen Wert bis 6.50 **2.75 1⁹⁵**

Waschkleider
aus Batist und Voile mit Stickereien
. Wert bis 12.00 **6.50 4⁵⁰**

Ein Posten
Seid. Blusen **4⁹⁰**
Wert bis 15.00

Ein Posten
Waschblusen **65⁵⁰**
in Batist, mit Stickerei
1.25 95⁵⁰

Ein Posten
Wollblusen **1³⁵**
moderne Fassons
2.25 1.95

Ein Posten
Wasch-Unterröcke **75⁵⁰**
gestreift, mit Volant
1.25 1.10

Kinder-Waschkleider 50-80 cm
lang . . . **1⁹⁵**

Kinder-Waschkleider 60-105 cm
lang . . . **2⁸⁵**

Die Restbestände in Winter-Konfektion

von der letzten Saison werden zu auffallend billigen Preisen ausverkauft.

Wir bitten unsere Fenster zu beachten und beim Einkauf die Vormittagsstunden zu bevorzugen.

5554

Gebr. Hirschfeld

Breite Straße 39-41.

Der sozialdemokratische Landesparteitag Sachsens

trat am Sonntag im Volkshaus in Leipzig zusammen. Neben den üblichen Punkten: Bericht des Landesvorstandes, Organisation, Kassenbericht und weiteren formellen Dingen enthält die Tagesordnung auch ein Referat des Abg. Uhlig über die Tätigkeit der Landtagsfraktion und ein des Abg. Fleißner über die sächsische Politik und den nächsten Wahlkampf. Außerdem liegen einige Anträge vor, die nach den vorausgegangenen Erörterungen in der sächsischen Parteipresse lebhaftes Interesse erwarten lassen. Besonders ein Zwickauer Antrag auf Neueinteilung der vier sächsischen Agitationsbezirke in Verbindung mit der Neugründung eines Parteiblattes in Plauen i. B. dürfte dazu Anlaß geben. Die vorige Landesversammlung beschloß gegen eine ansehnliche Minderheit im Prinzip die Blattgründung in Plauen. In dem letzten Beschluß ist zugleich gesagt, daß die Parteinstellungen mit der Durchführung des Unternehmens beauftragt werden. Die politische Notwendigkeit wurde von allen Seiten anerkannt, nur die Finanzierung bereitete Schwierigkeiten. Die Parteigenossen haben nun die ganze Frage nach allen Seiten eingehend geprüft und in einer erweiterten Sitzung, an der alle in Betracht kommenden Faktoren beteiligt waren, wurde einstimmig die Gründung des Blattes beschlossen, da das Leipziger Parteigebäude die Finanzierung auf eigenes Risiko zu übernehmen sich bereit erklärte, nachdem das in erster Linie in Frage kommende Zwickauer Geschäft das abgelehnt hatte. Das Unternehmen ist nun gegründet, das neue Blatt soll vom 1. Oktober ab erscheinen. Nun hat sich in der Parteipresse ein mehr formeller Streit darüber entsponnen, ob die Parteinstellungen diese Gründung ohne weiteres vornehmen dürfen, oder ob nicht die diesjährige Landesversammlung zu befragen und ihre nochmalige Zustimmung einzuziehen gewesen wäre.

Die Zahl der Parteimitglieder ist seit dem vorigen Jahre um beinahe 20 000 auf 177 566 gestiegen. Darunter befinden sich 28 524 weibliche Mitglieder. Unter den 23 Kreisen befindet sich nur noch ein einziger mit unter 2000 Mitgliedern. Die Parteipresse hatte insgesamt 215 428 Abonnenten, ein geringes weniger als im Vorjahre. Sozialdemokratische Gemeindevertreter gibt es in Sachsen 2094. Die gesamten Einnahmen der Kreisvereine betragen inklusive der Kassenbestände vom vorigen Abschluß 936 981 Mk., der jetzige Kassenbestand 142 529 Mk.

Genosse Lipinski-Leipzig eröffnete nachmittags kurz nach 4 Uhr den Landesparteitag mit begrüßenden Worten und einer kurzen Skizzierung der politischen Verhältnisse in Sachsen. Unsere Organisation sei vorbildlich, der Klassenkampf muß in „Probierlande der Reaktion“ mit aller Schärfe geführt werden, in keinem Lande ist die Reaktion so vereinigt wie in Sachsen. — Zu Vorstehenden wurden die Genossen Lipinski-Leipzig und Fleißner-Dresden einstimmig gewählt und die vorgeschlagene Tagesordnung sowie Geschäftsordnung glatt genehmigt.

Das Referat über die Organisation erstattete für den Landesvorstand Gen. S t i n d e r m a n n - Dresden. Er wies besonders eindringlich darauf hin, wie notwendig es ist, der Partei neue finanzielle Mittel zu verschaffen. Sachsen sei für das ganze Reich in der Partei bisher auch in dieser Beziehung vorbildlich gewesen und das möge auch so bleiben; umso mehr, als die Ausgaben infolge neuer nötiger Einrichtungen stets wachsen und auch die Zentralkasse in Berlin auf größere Einnahmen aus den leistungsfähigen Organisationen rechnet. Hingzu komme, daß die Gegner immer größere Anstrengungen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie machen und mit Leichtigkeit die dazu nötigen Geldmittel aufzubringen imstande sind. Sparen würden wir unter diesen Umständen an den bisherigen Ausgaben kaum können, also bleibe nichts übrig, als größere Einnahmen zu beschaffen. In der Jugendbewegung müsse dafür gesorgt werden, daß die über 18jährigen mehr für die Partei und die Parteiarbeit herangezogen werden. Sehr lasse das noch recht viel zu wünschen

übrig. Beträchtliche Geldmittel würden der Partei durch die Ueberhandnahme der Sportvereine entzogen. Auf diese Dinge sei die Aufmerksamkeit der Genossen zu lenken. Auf keinen Fall dürften der Partei dadurch Kräfte für die Parteiarbeit entzogen werden. Die Arbeiterkassen hätten die Pflicht, ihre Kinder von der bürgerlichen Jugendpflege fernzuhalten und sie in unserem Geiste zu erziehen. Redner ging dann näher auf die Plauener Blattfrage ein und legte dar, daß die Landesinstanzen durchaus korrekt gehandelt hätten; er wandte sich scharf gegen die Kritiker dieses Vorgehens. Er gab schließlich eine von den Landesinstanzen einstimmig beschlossene Erklärung ab, die den Sachverhalt kurz darlegt und ihr Vorgehen rechtfertigt. Zum Schluß gedenkt der Redner der im letzten Jahre verstorbenen Genossen; die Anwesenden ehren deren Andenken durch Erheben von den Sitzen.

Dann erstattet der Landessekretär, Genosse Uhlig - Dresden den Kassenbericht, der gedruckt vorliegt und nun mündlich ergänzt wird. Die Richtigkeit der Rechnung wird von den Revisoren festgestellt und Entlastung beantragt. Alle vorliegenden Anträge wurden genügend unterstützt. Um 6 Uhr werden die Verhandlungen auf Montag vertagt.

Zur Streikverordnung der sächsischen Regierung legen die Landesparteiinstanzen folgende Resolution vor:

„Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsens erhebt schärfsten Protest gegen die von der Regierung erlassene Streikverordnung, die zu einer völligen Vernichtung des Streik- und Koalitionsrechts der Arbeiterklasse führen kann. Diese Streikverordnung ist das Produkt schlimmster Klassenpolitik zugunsten der Unternehmer und zum Schaden aller Arbeiter und Angestellten. Die Regierung zeigt damit unverkennbar, daß sie ein gefügiges Werkzeug der bestehenden und herrschenden Klasse ist. Die Streikverordnung verschärft das System der Polizeiwillkür in Sachsen noch mehr, obwohl es bereits jetzt schon alle freiheitlichen Bestrebungen stark behindert, zum Teil unmöglich macht.“

Die Landesversammlung verspricht daher im Namen der sächsischen Sozialdemokratie, den äußersten und schärfsten Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen jede Beeinträchtigung des Koalitionsrechts und besonders gegen die Streikverordnung zu führen. Sie rechnet dabei auf die energische Mithilfe der Gewerkschaften und der gesamten Arbeiterklasse.“

Die Verhandlungen wurden am Montag vormittags 10 Uhr fortgesetzt. Der öffentlichen Sitzung ging eine vertrauliche Besprechung voraus. Die hierbei geführte lebhafteste Debatte, an der sich 17 Redner beteiligten, drehte sich im wesentlichen um Organisationsfragen. Der Antrag auf baldige Einführung eines besonderen Wahlfonds für alle sächsischen Kreise wurde von Vertretern des Bezirks Chemnitz heftig bekämpft, von den Landesinstanzen aber nachdrücklich befürwortet. Der Antrag wurde schließlich gegen 21 Stimmen angenommen.

Den breitesten Raum der Erörterung nahm der Antrag auf Neueinteilung der Bezirke und die Gründung eines neuen Parteiblattes in Plauen ein. Von einigen Vertretern des Zwickauer und Chemnitzer Bezirkes wurde den Landesinstanzen vorgeworfen, daß sie ihre Befugnisse überschritten hätten; gegen diese Vorwürfe wurde entschiedene Verwahrung eingelegt. Die große Mehrheit der Landesversammlung stimmte offenbar der Maßnahme der Landesinstanzen zu; denn ein Antrag, der das Gegenteil feststellen sollte, wurde nicht einmal genügend unterstützt. Der Antrag zur Neueinteilung der Bezirke wurde in einer allgemeineren, nicht zwingenden Fassung angenommen. Danach sollen die Landesinstanzen in Erörterungen über die Frage eintreten. Der Antrag wegen Schaffung neuer Bestimmungen über die Aufstellung von Landtagskandidaturen wurde abgelehnt; ein Antrag jedoch angenommen, der Sammeln von Material über behördliche und gerichtliche Maßnahmen in Sachen des Vereinsgesetzes fordert.

Dann erstattete Landtagsabgeordneter Uhlig ein fünfviertelstündiges Referat über die Tätigkeit der Landtagsfraktion als Ergänzung des vorliegenden umfangreichen Berichtes.

Anwesend sind 160 Delegierte, darunter 18 Landtags- und 11 Reichstagsabgeordnete. Der Parteivorstand in Berlin ist durch Genossen M o l t e n b u r g vertreten. Nachmittags um 1/4 Uhr wurden die Verhandlungen auf Dienstag vertagt, um einen Besuch der Buchgewerbeausstellung zu ermöglichen.

Aus der Partei.

Die gefährlichen Arbeiterlieder. Vor zwei Jahren wurde das im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ in Berlin erschienene Jugendliederbuch beschlagnahmt, weil es angeblich zwei aufreizende Lieder enthielt, nämlich das Lied „Bel und Arbeit“ von Berweg und „Die Internationale“. Der Geschäftsführer der Buchhandlung, Gen. Bruns, und der Verantwortliche für das Liederbuch, Gen. Weber, hatten sich damals wegen Aufreizung zum Klassenhaß vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin I zu verantworten. Sie wurden jedoch freigesprochen, dagegen die Beschlagnahme der beiden Lieder ausgesprochen und die Vernichtung der zu ihrer Herstellung gedienten Formen und Platten beschlossen. Am Montag hatte sich nun der dritte Angeklagte, Gen. Fritz Ebert, als Verleger des Liederbuches, zu verantworten. Gegen diesen konnte bisher nicht verhandelt werden, weil er Reichstagsabgeordneter ist. Staatsanwalt Schafstättler beantragte die Freisprechung des Angeklagten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann, wies nach, daß beide Lieder keinerlei aufreizenden Charakter hätten; sie seien seit vielen Jahren auf allen öffentlichen Arbeiterfesten im Beisein der Polizei unbeankundet gesungen worden. Möglicherweise habe man einen aufreizenden Charakter darin entdeckt. Jedenfalls könne man ebensowenig wie gegen die Angeklagten Bruns und Weber vor zwei Jahren annehmen, daß der Angeklagte das Bewußtsein der Strafbarkeit bei Aufnahme der Lieder in das Liederbuch gehabt habe. Es müsse deshalb zum mindesten die Freisprechung des Angeklagten erfolgen. — Nach längerer Beratung des Gerichtshofes verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmidt, „der Gerichtshof habe in beiden Liedern eine Aufreizung zum Klassenhaß gefunden, da jedoch die beiden Lieder viele Jahre unbeankundet gesungen worden sind, so habe das Gericht nicht angenommen, daß der Angeklagte das Bewußtsein der Strafbarkeit bei Aufnahme der Lieder in das Jugendliederbuch gehabt hat.“ Der Gerichtshof hat den Angeklagten kostenlos freigesprochen, andererseits die Beschlagnahme der Lieder sowie die Vernichtung der zur Herstellung derselben gedienten Formen und Platten beschlossen.

Sozialdemokraten sind milderer Rechts. Die Gemeinde Eichlinghofen bei Dortmund hat seit vielen Jahren eine Gemeindevertretung mit sozialdemokratischer Mehrheit, und daß diese erhalten bleibt, dafür sorgt die Regierung. Die Gemeindevertretung arbeitet natürlich ganz im Sinne der Mehrheit der Einwohner, aber die Regierung leistet Widerstand. Als die Gemeindevertretung die vielfach eingeführte und gesetzlich zulässige Grundsteuer nach dem gemeinen Wert beschloß, versagte die Regierung die Zustimmung; für Eichlinghofen habe diese Steuer keinen Wert. Die Gemeindevertreter wählten jüngst einen Genossen zum stellvertretenden Vorsteher; wiederum versagte die Regierung ihre Bestätigung. Im Mai wählte die Gemeindevertretung zwei parteigenössliche Vergleute in die evangelische Schulkommission und zwei weitere Genossen in den Schulvorstand des Gesamtschulverbandes des Amtes. Der Landrat von Hörde hat jetzt mitgeteilt, daß sämtlichen Gemählten die Bestätigung versagt worden sei. Wir nähern uns bedenklich asiatischen Zuständen!

Gewerkschaftsbewegung.

Max Lößlich †. Der Vorsitzende des Notenscherersverbandes in Leipzig, Max Lößlich, ist am Sonntag daselbst gestorben. Der Verstorbene hat 27 Jahre an der Spitze seiner Or-

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlatter.

(Fortsetzung.) Nachdruck verboten.
„Und Klaus? Und die beiden Schlächter? Wissen Sie denn, wo die sind?“
„Nein!“ Carlsen wurde gespannt.
„Sie schlafen noch jetzt im Dorfkrug. Sie sind erst um neun Uhr in der Frühe vom Spieltisch aufgestanden. Der eine Schlächter lag unterm Tisch und schlief.“
„Donnerwetter!“ Carlsen fühlte sich gehoben. Daneben konnte er sich schließlich auch noch sehen lassen.
„Ich weiß gar nicht, was Sie haben. Sie sind doch ein Mann wie andere Männer. Warum sollten Sie das Leben nicht genießen?“
„Prost!“ sagte Carlsen.
In Dagmar ließ das Leben seine Reize spielen, als sie mit ihm ansetzte. Sie war schön, als sie das Glas erhob.
Aber das Bild ver schwand mit einem Schlag. Es wurde so rau und kalt. Es war, als wenn sein ganzes Leben von einem Abgrund verschlungen worden wäre. In weiter Ferne war ein großes Unglück geschehen.
„Meine Frau,“ kam es unwillkürlich von Carlens Lippen.
„Ihre Frau?“ Dagmar war ganz bestreutet.
„Ihre Frau weiß doch Bescheid. Es ist ihr ja gestern gesagt worden, daß Sie bei uns schlafen wollten. Bei uns sind Sie doch gut aufgehoben. Heute vormittag geht Septimus zu ihr und erzählt ihr die ganze Geschichte.“
„Na, dann...“
„Es ist alles in bester Ordnung; aber wissen Sie,“ — sie beugte sich zu ihm und dämpfte die Stimme — „auf Septimus ist kein Verlaß.“
„Nicht?“ Das war Carlsen neu.
„Was ich Ihnen sage! Er trinkt wie ein Loch; aber er klatscht wie ein altes Weib. Er steckt immer mit Ihrer Frau zusammen.“
„Das ist nicht so schlimm.“
„Sie ist heimlich bei ihm gewesen. In seiner Wohnung haben sie heimlich von Ihnen geklatscht. Sie haben es nachher auszuessen.“
„Ist das wahr?“
„Ich weiß es ganz genau. Sagen Sie ihr ruhig, daß Sie es nicht haben wollen. Sie sind doch der Mann im Hanje. Sagen Sie ihr aber nicht, daß ich Sie unterrichtet habe. Sie vertragen ja nicht, wenn man es mit Ihnen hält.“
„Ich sage kein Wort.“

„Sie tut immer so unschuldlich. Aber es ist nicht so schlimm. Ich würde meinen Mann nie verklatschen.“
„Sie tut es nicht zum zweitenmal.“
„Es darf ja nicht sein. Die Frau muß mit dem Manne zusammenhalten. Wollen wir noch eine halbe Flasche Mosel trinken? Es ist so gemütslich.“
„Meinetwegen!“ Carlsen fühlte sich leicht. Außerdem hatte er sich über seine Frau geärgert.
Dagmar klemmte die neue Flasche zwischen die Knie und zog den Kork heraus. Sie hatte den Kleiderrock aufgehoben, um ihn nicht unsauber werden zu lassen.
Ein verflucht schönes Weib, dachte Carlsen. Er betrachtete den Unterrock mit Interesse. Dagmar zupfte ihn scherzhaft am Ohr, als sie ihm nun das erste Glas einschenkte.
Septimus ging mit einem kurzen Gruße durch den Laden. Der alte Kommiss fand keine Zeit, ihm aus Höflichkeit die Tür zu öffnen. Er war schon halb die Treppe hinauf, ehe er die Tür erreichte.
„Kun,“ sagte er, als er in das Zimmer trat, „wie geht es, kleine Frau?“
Er war ganz Arzt, legte Hut und Stock auf einen Stuhl und setzte sich unmittelbar vor sie hin.
„Freund Carlsen ist also krank geworden.“
„Ich hörte es.“
Septimus spitzte die Ohren. Es klang müde, aber auch teilnahmslos.
„Krankheit ist nicht gut.“
„Im allgemeinen nicht.“
Es entstand eine Pause. Septimus sah zum Fenster hinaus.
„Ich will Ihnen etwas sagen, Herr Doktor, ich kann nicht mehr. Ich habe die Kraft nicht mehr, irgend etwas zu fürchten. Es ist alles in mir gestorben.“
„Auch die Hoffnung?“
„Ja. Sie starb zuerst, aber sie starb ja doch.“
Septimus schwieg. Frau Carlsen strichte.
„Sie hätten mir also ruhig die Wahrheit sagen können.“ Ein trübes Lächeln kam zum Durchbruch.
„Ich lese es morgen in jedem Auge, das mich anblickt.“
„Ich wollte Sie nicht erschrecken.“
„Eieher Doktor, ich kann nicht mehr erschrecken.“
„Es ist in der letzten Zeit wohl schlimm gewesen?“ Septimus war sehr gedrückt.
„Das kann man gar nicht sagen. Wir haben das Leben in der gewohnten Weise getragen.“
„Er geht in allerlei Spelunken, wie ich höre.“
„Den alten Berni meinen Sie?“

„Wenn Sie es wissen...“
„Wie sollte ich das nicht wissen! Berni kauft ja seinen Rum bei uns. Das Geschäft in Rum geht glänzend.“
„Ja...“
„Er schämt sich übrigens wie ein Hund, wenn er in den Laden kommt. Er hat sich sogar bei mir entschuldigt; er ist ein alter, reiblicher Mann.“
„Seine Wirtschaft ist nicht die beste.“
„Es gibt schlimmere.“
„Es würde ihm einen Hals geben, wenn er in den guten Lokalen bliebe.“
„Vielleicht bei Lorenz Asmussen auf dem Pferdemarkt?“
„Auch da!“
„Bester Doktor, das ist die aller schlimmste.“
Septimus schüttelte den Kopf.
„Dort ist mein Glend gelponnen worden, wenn Sie es wissen wollen. Die Fischergasse hat mich nie geliebt.“
„Sie dürfen nicht so von Asmussen sprechen...“
„Wenn Dagmar Engelbrecht seine Frau ist, darf ich es.“
„Es ist immerhin etwas anderes.“
„Es ist das selbe. Die Fischergasse hält mit Dagmar und Dagmar mit der Fischergasse. Die Toiletten sind nur verschieden, lieber Doktor.“
„Die Tatsachen sprechen dagegen.“
„Ach ja, ich weiß. Sie ist anständig gewesen und hat goldene Berge dafür bekommen. Ein Weib bekommt sonst nie etwas für die Anständigkeit. Immer für die Unanständigkeit, Herr Doktor.“
„Haben Sie bestimmte Anhaltspunkte?“
„Ja, das weiß Gott; aber Sie würden sie nicht verstehen. Ich habe ein Gefühl, das nie betrügt.“
„Dagegen ist ja nicht zu reden...“
„Nein. Und wozu denn auch? Er darf ruhig hingehen, wo er offenbar so gern gesehen ist. Es tut mir gar nichts mehr.“
„Gibt es nichts, das Sie irgendwie beleben könnte?“
„Ja, Herr Doktor. Es gibt noch eine Freude.“
Septimus sah sie fragend an.
„Wenn Sie mir die Nachricht bringen könnten, daß er gestorben ist.“
„Frau Carlsen!“
„Was wollen Sie? Es wäre für mein Kind noch etwas zu retten. Ich könnte sein Bild bekränzen und ihm den Vater zeigen.“
„Man spricht nicht so vom Tod...“
„Gott, Herr Doktor, mir Toten sind an ihm gemöhnt.“
„Glauben Sie nicht mehr, daß er vom Trinken lassen kann?“

Janaktion gewirkt. Die Einäscherung findet am heutigen Mittwoch in Leipzig statt.

Den früheren antiseptischen Reichstagsabg. Kieberg, den die Mehrheit der Wähler in seinem Reichstagswahlkreis infolge seiner „außerordentlichen“ Kenntnisse als Parlamentarier bei der letzten Reichstagswahl nicht mehr wählte, und der vom Gen. Silberstein ausgetrieben wurde, scheint der Durchfall stark in seiner Gesundheit erschüttert zu haben. Kürzlich fand in Suedburg eine von der gewerkschaftlichen Organisation einberufene Bädergesellschaftsversammlung statt, in der auch der Ex-Abgeordnete erschienen war. Aber nicht etwa, um dem Referenten in anständiger, sachlicher Weise entgegenzutreten, sondern um in der rüchternsten Weise gegen die Sozialdemokratie loszugehen. Er ging sogar so weit, daß er mit einem Gefellen eine Schlägerei inszenierte. Wie weit muß es mit diesem Antisemitenfürher gekommen sein, wenn er in seiner Wut über den Durchfall mit dem Bädergesellschaften in ihrer Versammlung handgemein wird.

Wie sich die Bädermeister in Linden einen Lohnkampf portieren. Der Bädermeister in Linden bei Hannover wurde vom Gewerkschaftsausschuß eine Tarifvorlage unterbreitet. Nach langem Hin und Her beriefen die Innungsmitglieder eine Versammlung ein, zu der auch nach dem Geheiß der Gewerkschaft eingeladen werden mußte. Die Versammlung beschloß jedoch, daß sich die Gewerkschaftsvertreter entfernen müssen und stimmte dann dafür, daß der Tarif abgelehnt und auch in keine Unterhandlungen eingetreten werde. Als der Abgeordnete, nachdem ihm der Beschluß bekanntgegeben wurde, eine Erklärung in der Versammlung abgeben wollte, ergingen die gebildeten Meister vom Bocktag in den unflätigsten Beschimpfungen, die sogar so weit ausarteten, daß ein Teil der Bädermeister mit erhobenen Stühlen auf die Gewerkschaftsvertreter eindrangen. Der Gewerkschaftsausschuß mußte flüchten, um sich vor den wütenden Innungsmitgliedern zu schützen. Damit ist aber die Lohnbewegung nicht beendet. Nunmehr hat die Gewerkschaftsorganisation die Sache in die Hand genommen und an die einzelnen Meister bereits die Forderungen gerollt.

Tarifabschluß mit den Brotfabriken im Wuppertal. Mit dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren und der Brotfabrikantenvereinigung in Elberfeld wurde nach langen Unterhandlungen ein Lohn- und Arbeitsstufen vereinbart, der bei einer fünfjährigen wöchentlichen Arbeitszeit einen Mindestlohn von 21,50 Mark vorsieht, und für die verantwortlichen Arbeiter einen solchen von 34 Mark. Die Arbeitswoche wird eine sechsstündige. Die Arbeiter an gesetzlichen Feiertagen werden über den Wochenlohn hinaus mit dem Ueberstundenlohn von 60 Pfg. pro Stunde vergütet. Alle Arbeiter, die ein Jahr im Betriebe beschäftigt sind, erhalten 6 Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes. Zur Sühnung von Straftaten, die aus dem Arbeits- und Tarifverhältnis entstehen, ist ein Tarifamt eingesetzt mit dem Gewerbeamt verbunden als Unparteiisches. Der Vertrag gilt bis 30. Juni 1917.

Ausperrung der Tabakarbeiter in Mannheim. Da die Tabakarbeiter die Verlängerung des bisherigen Tarifvertrages ohne Lohnzulage ablehnten und bei vier Firmen der Rohabfabrikanten die Arbeit niederlegten, hat der Verein der Rohabfabrikanten die Ausperrung sämtlicher Tabakarbeiter beschlossen. Die einzelnen Firmen haben sich verpflichtet, in keinerlei Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen einzutreten. Die Ablehnung der Lohnforderungen begründet die Unternehmer mit der schlechten Geschäftslage; auf Weiterführung des bisherigen Tarifvertrages wollen sie jedoch jetzt verzichten. An der Bewegung ist der Deutsche Tabakarbeiterverband und der christliche Verband beteiligt.

Baugewerkschaft in München. Die Arbeiter der Baugewerkschaften und Stellmachereien stehen bereits die elfte Woche im Streik. Die Unternehmer lehnten bisher jede Bemühung des Gewerbeamtes, Verhandlungen anzubahnen, ab und versuchen durch Inzertate in den Provinzialblättern Arbeitswillige nach München zu locken, bisher mit negativem Erfolg. Bei diesem Kampf in München handelt es sich nicht mehr darum, ein paar Pfennige Lohnaufbesserung zu erringen, sondern die Unternehmer wollen das Mittelbestimmungsrecht der Arbeiter und ihrer Organisationen bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen illusorisch machen. Es ist deshalb Ehrenpflicht der Arbeiter Deutschlands, den Kampf moralisch zu unterstützen und jedes Arbeitsangebot nach München zurückzuweisen. Der Zuzug von Stellmachern, Metallarbeitern, Malern und Lederern ist deshalb streng fernzuhalten.

Ortskrankenkassentagung.

k. Darmstadt, 14. Juli.

Zu Beginn der heutigen Sitzung erteilte die Versammlung zunächst auf Antrag der Revisoren dem Vorstande Entlastung.

„Rein. Es wäre mir auch nicht damit gedient.“
„Wie?“
„Es ist nicht mehr das Trinken; ich habe ihn verloren.“
„Haben Sie gar nichts mehr mit ihm zu tun?“
„Ich juche mein Kind vor ihm zu bewahren.“
„Sie sind so kalt.“
„Ja, ich bin eine arme Frau geworden. Man hat mir die Kleider vom Leibe gerissen, wie es in der Bibel heißt, und mich nackt am Wege liegen lassen. Ist das nicht ein kaltes Lager?“
„Und alles, was gewesen ist?“
„Das ist es ja eben. Ist es nicht sonderbar, daß man die Vergangenheit verlieren kann? Eine Frau kann es aber. Sie sind bei einer Bekannten zu Hause.“
„Wie ist denn das gekommen?“
„Ich habe Carlsen zum erstenmal gesehen, zum erstenmal ihn selber, wie er wirklich ist.“
„Es war hier im Zimmer. Er kam etwas früher nach Hause, aber die Nacht hatte doch schon begonnen. Er hatte getrunken, wie gewöhnlich, aber er war nicht hilflos. Er war aufgestanden und ging im Zimmer auf und ab. Er erzählte, daß er diesem und jenem gehörig die Wahrheit gesagt habe, redete von weitläufigen Geschäftsplänen, prüfete mit Einzelheiten, die Argel ihm über das neue Hotel anvertraut hatte. Ich, der Grog hatte ihn zu einem großen Herrn gemacht. Ich mußte zusehen, obwohl es mir lächerlich war. Ich tat ihm aber den Willen. Ich war froh, daß er nur da war und daß ich nicht hilflos auf ihn zu warten bräuhete. Nur einmal ist ihm ein, daß er mein Kind haben wollte; er wollte mit ihm spielen. Die Kleine schlief; ich hat ihn, den Schlaf des Kindes nicht zu hören. Das Kind merkt seit langem, wenn er betrunken ist, und hat dann Angst vor ihm. Er fing an zu beschließen, ich wollte nicht. Er kam frisch von Dagar, er sollte mein Kind nicht in Händen haben, er sollte es nicht tun. Er begann sich zu weiden. Ich stellte mich vor die Schlafkammertür; ich sagte mit aller Entschiedenheit nein, ich drohte den Kommiss zu weiden. Er geriet in eine unangenehme Lage, aber er fürchtete den Kommiss. Einen Ausweg sagte die Rat selbstverständlich haben, so kam sie aber nicht. Er sagte mir die Wahrheit, wie er es konnte. Er schlug auf den Tisch, er hatte auf mich ein. Ich habe kein Wort, ich erwartete langsam, ich sah, daß ich ihn früher nie

Dann referierte Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal über

Die Entwicklung des Kassenbeamtenrechts seit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung.

Der Redner gab zunächst ein Bild von den Grundlagen des Angestelltenrechts in der Reichsversicherungsordnung, das von einem fortschrittlichen und einem rückwärtigen Geiste zugleich beherrscht werde. Auf der ersteren Seite finde die Reichsversicherungsordnung dem Dienstverhältnisse einen sozialen Inhalt zu geben, auf der anderen Seite erstrebe sie aus politischen Gründen die Fesselung der Krankenkassen und ihrer Angestellten. Die Hauptverbände deutscher Ortskrankenkassen haben auf dem Wege eines Tarifvertrages mit dem Verbands der Bureauangestellten eine Musterdienstordnung den ihnen angeschlossenen Kassen empfohlen, worin unter Achtung der Selbstverwaltung die sozialpolitischen Seiten des Dienstvertrages besonders betont werden. Dagegen bieten die zur Ausführung der Reichsversicherungsordnung berufenen Behörden, voran die preussische Regierung, alles auf, die Freiheit der Krankenkassen einzuengen.

Die staatsbürgerlichen Rechte der Angestellten einzuschnüren. Einmal auf dem Wege des für die Dienstordnung in der Krankenkasse vorgeschriebenen Genehmigungsverfahrens, in dem man Prüfungsordnungen und Prüfungsausschüsse hineinbringen muß, die das Anstellungsrecht der Krankenkassen vorstände auszuschalten geeignet sind. Das andere Mal dadurch, daß Preußen durch Landesverordnungen und Landesgesetz allen mit Ausnahme auf Ruhegehalt Angestellten die Rechte und Pflichten der gemeindlichen Beamten zu übertragen im Begriffe ist. Dadurch werden diese Angestellten der Disziplinargewalt der Krankenkassenvorstände entzogen und derjenigen der Staatsbehörden, vor allem des Landrats, überantwortet. Sie werden

zum Treuicide verpflichtet

und sollen, wenn sie durch ihr Verhalten in oder außer dem Amte sich der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, das ihr Beruf erfordert, unwürdig zeigen, mit Dienstentlassung bestraft werden. Redner erörtert die Gefahren dieser Bestimmungen, nicht nur für sozialdemokratisch, sondern für alle freiheitlich gesinnten Angestellten. Das Vorgehen Preußens widerspreche dem Geiste des § 354 der Reichsversicherungsordnung, der den Angestellten das Recht der religiösen und politischen Betragungen außerhalb der Dienstgeschäfte und der Ausübung des Vereinsrechtes gewährleistet. Justizrat Dr. Mayer ging dann auf die Frage ein, ob Krankenkassen und Angestellte diesen Schlag Preußens, dem jedenfalls auch andere Bundesstaaten folgen werden, parieren könnten. Er könne nicht empfehlen, daß — abgesehen von wohlverordneten Rechten — die Krankenkassen künftighin keine Anrechte auf Ruhegehalt mehr gewähren sollten; doch solle man den Angestellten das Recht einräumen, zwischen einer Anstellung mit dem Rechte auf Ruhegehalt oder einer solchen ohne dieses Recht, aber mit einer Gehaltzulage wählen zu dürfen. Dabei erörterte der Redner eingehend die verschiedenen Möglichkeiten der Anstellung mit Anrecht auf Ruhegehalt. Dazu gehöre auf alle Fälle nicht die Pflicht des Angestellten, einer öffentlichen oder privaten Pensionsversicherungsanstalt beizutreten, wenn dazu die Krankenkasse keine Beiträge zu leisten verbunden wäre. Auf diesem Wege würde auch das Erfordernis der Genehmigung des Oberpräsidenten bei jeder einzelnen Anstellung ausgeschaltet. Dieses Erfordernis könne von vornherein die Anstellung jedes politisch Mißliebigen verhindern. Im Interesse des sozialen Friedens sei es außerordentlich zu bedauern, daß

Preußen wieder einmal an der Spitze des sozialen Rückschritts marschiere. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion über das Referat wird zurückgestellt und zunächst das Referat über

Salvarsanbehandlung der Syphilis

von Prof. Dr. Herzheimer-Frankfurt a. M. entgegengenommen. Im Frankfurter Städtischen Krankenhaus wurden in den letzten vier Jahren 11 500 Syphilitische mit Salvarsan behandelt. Man kann sich also schon ein Urteil erlauben. Das Charakterbild steht fest. Es ist viel von den Nebenwirkungen, die das Salvarsan hervorruft, geredet worden. Bei unseren 11 500 Fällen sind nur einige vorübergehende Lähmungen vorgekommen, Todesfälle und Erblindungen sind nicht beobachtet worden. Der Arzt hat das Recht, das Salvarsan seinen Patienten angedeihen zu lassen. Es fragt sich aber, hat der Arzt die Pflicht, mit Salvarsan zu behandeln? Im Frankfurter Krankenhaus wird die kombinierte Salvarsan-Quecksilbermethode angewandt und sind damit sehr gute Erfolge erzielt worden. Von den Patienten im ersten Stadium konnte bei 97 Prozent Freiheit von Rückfällen konstatiert werden. Das ist ein eminenter Fortschritt. Besonders wenn man bedenkt, daß die Patienten das zweite

und dritte Jahr — das als das fürchtbarste bei Syphilis bezeichnet wird — passierten. Die Resultate berechnen, der Zukunft der Patienten mit Bretrauen entgegen zu sehen. Referent besprach dann die Wirkungen der Salvarsanbehandlung im zweiten und dritten Stadium. Auch bei der Rückenmarkschwindsucht gelang es uns, mit der Salvarsan-Quecksilbermethode bessere Erfolge zu erreichen als mit der Quecksilbermethode. Von der Gehirnverweidung gilt das gleiche. Der Syphilis des Herzens ist eine größere Bedeutung zuzusprechen, als man bisher annahm. Dreiviertel der Erkrankungen der großen Herzschlagader beruhen auf Syphilis. Es ist zu unteruchen, ob die Salvarsanbehandlung auch für die Allgemeinheit wertvoller ist, wie die frühere Quecksilbermethode. Redner weist nach, daß die Infektionsgefahr weit geringer ist. Auch der Einfluß des Salvarsans auf die ererbte Syphilis, der Syphilis der Frucht, ist sehr günstig. Während bisher bei syphilitischen Frauen die Zahl der lebend zur Welt gebrachten Kinder sehr gering war, betrug bei Salvarsanbehandlung der Prosentatz 98, ohne syphilitische Erscheinungen. Bei der Salvarsanbehandlung werden auch bedeutende Ersparnisse gemacht, da die Zeit der Kuren sehr abgekürzt ist. In Frankreich sterben jährlich 25 000 Menschen durch die Syphilis; das Verhältnis ist 1 : 1000. Danach würden in Frankfurt jährlich 450 Menschen an Syphilis sterben. Diese Zahl ist aber viel zu niedrig gegriffen, deshalb, weil nur ein kleiner Teil der Leiden zur Sektion kommt. In vielen Fällen wird eine Diagnose nicht gestellt. Wir haben alle Veranlassung, in der Bekämpfung der Syphilis das neue Mittel, das wir als das bessere anerkannt haben, anzunehmen. (Lebh. Beifall.)

Der Referent legte folgende Leitsätze vor:
„Bei jedem syphilitisch erkrankten Menschen ist, je frühzeitiger desto besser, eine kombinierte Salvarsan-Quecksilberbehandlung einzuleiten.“

Das Salvarsan soll nach genauer Untersuchung des Patienten im Krankenhaus angewendet werden, wo der Patient mindestens die nächsten 24 Stunden verbleiben soll. Durch diese Kur wird der Ansteckungsgefahr anderen Menschen und speziell der Familie gegenüber nach dem heutigen Stande der Wissenschaft am besten entgegengewirkt.

Da durch die genannte Behandlung die Syphilis geheilt wird oder doch die Rückfälle außerordentlich eingeschränkt werden, so erwächst, neben den Vorteilen für die Patienten und für die Allgemeinheit, auch für die Krankenkassen ein sehr wesentlicher finanzieller Vorteil.“

In der Diskussion erklärte zunächst Vorsitzender Frähdorf-Dresden, die Wirkung des Vortrages werde eine günstige sein. Die Besorgnis, daß die Salvarsanbehandlung gewissen Schaden in sich birgt, werde schwinden. Wir müssen uns auf den Boden der Wissenschaft stellen. Diesen Standpunkt, der uns eben vorgetragen worden ist, werden auch wir als Grundlage in der Bekämpfung der Syphilis nehmen. Wenn wir in diesem Sinne tätig sind, dienen wir nicht nur unserer Kasse, sondern dem ganzen Volke. Wir können Prof. Herzheimer für seinen Vortrag nur danken. (Lebhafter Beifall.)

Gräff-Frankfurt a. M.: Altmeyer Ehrlich bedauert, wegen Krankheit an dieser Versammlung nicht teilnehmen zu können. — Wie wollen wir uns zur finanziellen Seite stellen? Salvarsan ist sehr teuer. Wir müssen es aber bezahlen, so lange wir keine billigeren Mittel haben. Versucht mühte werden, auf den Preis einzuwirken. Im Auftrage des Hauptverbandes habe ich mit den Höchster Farbwerken die Abmachung getroffen, daß für die Krankenkassen eine Preisreduzierung eintritt. Von den Krankenkäufern kann nicht verlangt werden, daß sie die Injektionen bei dem Verpflegungssätze von 2,20 oder 2,50 M. vornehmen. Diese müssen besonders vergütet werden. Die Abmachung mit den Höchster Farbwerken geht nun dahin, daß die Krankenkassen auf alle eingereichten Rechnungen über Salvarsanbehandlung 10 Prozent erhalten.

Weiß-Karlsruhe: Man muß auch den Gegner hören. Wir als Laien können keine Entscheidung fassen. Der Preis des Salvarsan müßte auch viel geringer sein. Ich bitte, die Entschädigung abzulehnen.

Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal: Die Gelehrten sind sich in dieser Frage einig. Wir haben keine Möglichkeit, uns in den Streit einzulassen, den Anhänger der Naturheilermethode entfacht haben.

Prof. Dr. Herzheimer (Schlußwort): Wir haben 11 500 Patienten ohne wesentliche Unfälle behandelt. Es gibt kein Mittel, das nicht ab und zu einen Unfall hervorruft. Es ist also klar, daß die Salvarsan-Quecksilbermethode, vorsichtig angewandt, das Beste ist, was wir haben, weil sie die besten Resultate bei möglichst geringer Gefährdung der Patienten hervorbringt. Als Arzt bin ich verpflichtet, die Patienten mit dem besten Mittel zu behandeln, das ich kenne. Das ist die Salvarsan-Quecksilbermethode, an die ich sehr hörend herangegangen bin. (Lebhafter Beifall.)

Die Leitsätze des Referenten werden hierauf gegen zwei Stimmen angenommen.

In der Diskussion zu dem Referat des Justizrats Dr. Mayer über die Entwicklung des Kassenbeamtenrechts sprach nur Reichstagsabgeordneter Gehel-Berlin: Er wies als Vertreter des Verbandes der Bureauangestellten darauf hin, daß auch die tarifliche Musterdienstordnung ein Bestandteil der Tarifgemeinschaft sei und gleich dieser von den Kassen beachtet werden müsse. Die Praxis habe gezeigt, daß diese Dienstordnung rechtlich einwandfrei ist; denn von einer Anzahl Oberverwaltungsämter seien bereits Dienstordnungen, die der tariflichen entsprechen, genehmigt. Der Redner behandelte im Zusammenhang mit der preussischen Handhabung des § 359 der R.-V.-O. das jüngst erschienene Regulatoriv über die Anstellungsbedingungen der Kassenbeamten, denen die Rechte und Pflichten der gemeindlichen Beamten übertragen werden. Er weist hin auf die rechtlichen Widersprüche und zum Teil ungeheuerlichen Bestimmungen und namentlich darauf, wie gerade dieses Regulatoriv den Arbeitgebern und Versicherten in den Kassenverbänden zeigt, daß alles darauf abzielt, die Selbstverwaltung dieser beiden Vertretergruppen zugunsten der Staatsbehörden zu verdrängen. Es sei Pflicht der Kassenverbände, wachsam zu sein und unter Anwendung der gesetzlichen Rechtsmittel die Interessen der Kassen zu verteidigen, mit denen in dieser Frage die Interessen der Kassenangestellten übereinstimmen.

Berliner Ärzteabkommen

vom 23. Dezember 1913 berichtete Rechtsanwält Dr. Baum Berlin: Die heutige Situation sei gegen Köln und Breslau, die letzten Tagungen, auf denen die Ärztefrage behandelt wurde, eine andere. Damals wäre man mitten im Kampfe gestanden, heute stehe man vor einem Friedensabkommen. Bei der Neuregelung der Krankenversicherung hätten die Ärzte sofort ihrem Unwillen Ausdruck gegeben und beschlossen, mit den Krankenkassen keine Verträge abzuschließen, bis ihre Forderungen erfüllt seien. Durch die Vermittlungen des Staatssekretärs Dr. Delbrück hätten dann schließlich im Reichsamt des Innern Verhandlungen stattgefunden, die am 23. Dezember zu den Abmachungen führten, die in Form eines sogenannten Kollektivvertrages abgeschlossen seien. Referent besprach den Inhalt der Abmachungen, die im wesentlichen bekannt sind. Er hebt hervor, daß zur Durchführung des Abkommens und zur Entscheidung von Streitigkeiten, die daraus entstehen, ein paritätisch besetzter Zentralausschuß in Berlin

gesehen hatte. Er wollte nicht mehr hungern, meinte er. Ich habe ihn langsam eingewickelt, weil ich ihn für mich haben wollte. Ich habe ihn vor den Wagen gepannt, um selber zu kutschieren. Er wollte auch seinen Teil vom Leben, und so weiter. In seinen Augen war so viel Haß und Anebere Gier, daß alle Jahre unserer Ehe von mir abfielen. Ich wurde mit einem Male ganz arm und zurückgestoßen. Er war nicht eine Stunde lang mein Mann gewesen, auch nicht eine Stunde lang der Vater meines Kindes. Ich hatte nie etwas von seinem wirklichen Wesen gesehen. Er hatte sich nur bei mir wohl gefühlt, ich hatte ihn für das Leben brauchbar gemacht. Er war jetzt mündig geworden; denn mündig ist Carlsen augenblicklich, darin hat der große Klaus gar nicht so unrecht.“
„Es kann nur wiederkehren, was einmal gewesen ist. Dies aber ist nie gewesen. Das ist die Vernichtung.“
„Ist Carlsen ein so großer Verlust?“
„Sie zuckte die Achsel.“
„Ich hatte auf ihn gesetzt. Mein ganzer Einsatz ist hin. Ich habe keinen Heller mehr; ich bin ganz blank geworden. Wenn wir Frauen nie etwas von einem Manne besessen haben, sind wir vergeblich auf der Welt herum. Arm wie eine Kirchenmaus. Ist das nicht genug, Herr Doktor?“
„Ein Mann sieht diese Dinge nicht so schwarz.“
„Wissen Sie, wer an jenem Abend haarsträubend in mein Inneres hineinsahen konnte?“
„Er sah sie an.“
„Das konnte weiß Gott der gute Carlsen. Er sagte mir haarsträubend, was ich in meinem Innern mit ihm gewollt hatte. In diesem Augenblicke wußte ich, daß er eine weibliche Lehrmeisterin hatte.“
„Dagmar hat mit Carlsen doch keine Pläne!“
„Rein, selbstverständlich nicht; aber sie will mir ihn nehmen; sie will nicht, daß ich ihn hab. Glauben Sie nicht, daß das für sie auch schon ein schönes Gefühl ist? Sie weiß ja, was es für mich bedeutet.“
„Septimus schüttelte den Kopf.“
„Ist es irreführend, worauf so ein alleinsehendes Frankfurter verfaßt.“
(Fortsetzung folgt.)

...besteht, wobei, dessen Vorsitzenden der Minister des Innern ernannt. Redner ging dann auf die rechtliche Seite des Abkommens ein. Bestehende Verträge würden durch dieses nicht berührt. Für den einzelnen Arzt seien die Bestimmungen der abgeschlossenen Verträge maßgebend. Dr. Baum würdigte hierauf das Abkommen kritisch. Die Ärzte hätten ihre Forderung auf freie Arztwahl und die auf Bezahlung der Einzelleistung, Abstinenz des Honorars nach dem Arbeitsverdienst, nicht erreicht. Das vorgesehene Schiedsamt bilde einen neutralen Boden, auf dem beide Seiten zusammenkommen könnten. Eine Niederlage der Kassen könnte man nicht darin erblicken, daß die Anstellung von Kassenärzten nicht mehr allein durch die Kasse, sondern durch einen paritätischen Ausschuss vorgenommen werde. Das Abkommen müsse gewissenhaft erfüllt werden. Bewahren Sie die Vertragsstreue und lassen Sie Ihre Vertreter nicht im Stich! Es ist dahingestellt, ob mehr erreicht werden konnte. Die Verweigerung des Kampfes war eine soziale Tat. Die Ärzte verlangen die freie Arztwahl im Interesse der Patienten. Von der Einführung der freien Stabsarztwahl habe ich aber noch nie gehört. Dort muß die freie Wahl doch auch im Interesse der Patienten liegen. In einzelnen Orten funktioniert die freie Arztwahl gut, nach Prüfung des Für und Wider kann man aber ihrer allgemeinen Einführung für ganz Deutschland nicht das Wort reden. Die Forderung der Ärzte auf Abstinenz des Honorars nach dem Verdienst widerspricht den Grundgedanken der Krankenkassen. Ich empfehle, alle diesbezüglichen Ansprüche der Ärzte glatt abzulehnen. Die Allgemeinheit kann nicht dulden, daß durch übermäßige Ansprüche der Ärzte die Leistungen der Kassen leiden müssen. Die Kassenvertreter, die den Abmachungen zustimmen, haben nicht nur ihrer Kasse einen großen Dienst erwiesen, sondern die deutsche Volkswirtschaft vor einer großen Erschütterung bewahrt. Zum Schlusse seiner Ausführungen wies Dr. Baum darauf hin, daß die Führer der Ortskrankenkassen Gewerkschaftsführer sind. Sie wehrten sich mit den Kampfsmitteln, die sonst Arbeitgeber anwenden. Der Kampf zeigte, daß die Anwendung wirtschaftlicher Mittel sich nicht beschränkt auf die Lohnarbeiter. Redner schließt mit dem Wunsche, daß das Abkommen zur Gewandung der sozialpolitischen Betätigung und zu Nutz und Frommen der Gesamtheit des Volkes dienen möge. (Lebhafte Beifall.)

In der Aussprache meinte Kreislichmar-Breslau (kommissarischer Vorsitzender der Ortskrankenkassen), nur dem Umstande, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Forderungen der Ärzte energisch zurückgewiesen hätten, wäre es zu danken, daß man zu dem Berliner Verträge gekommen sei. Fräßdorf habe seine Stellungnahme geändert. In Breslau habe er gesagt, man dürfe auch vor einem Kampfe nicht zurückweichen, bei den Verhandlungen sei er aber sehr zurückhaltend gewesen.

Fräßdorf-Dresden: Meine Stellungnahme war von tatsächlichen Maßnahmen diktiert, wenn es im Interesse der Kasse liegt, nehme ich im nächsten Jahre wieder eine andere ein. Ich verkenne die Schwierigkeiten in Breslau und in anderen Orten durchaus nicht. Die Opfer mußten aber im Interesse der Allgemeinheit gebracht werden. In die Beurteilung der „Nothilfe“, wie es der Leipziger Verband will, können wir nicht einstimmen. Wir müssen aber von diesen Ärzten fordern, daß sie vernünftigen Abstandsorschlägen zugänglich sind. Es erfordert die ganze Aufmerksamkeit der Kassenvertreter, daß sie überall auf dem Posten sind. Wir haben einen großen Wert zu legen auf die Schiedsämter. Das Abkommen mit den Ärzten muß nach seinem wirtschaftlichen Willen ausgelegt werden, nicht nach der Ansicht der Ärzte. Erläutern Sie die Verhandlung und führen Sie das Abkommen durch. Fräßdorf ersucht um Annahme folgender Entschließung:

Die 21. Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen erkennt das Berliner Einigungsabkommen vom 23. Dezember 1913 grundsätzlich an.

Sie verpflichtet die Verbandskassen im besonderen, die in Abschnitt II des Abkommens vorgesehene Beiträge zur Abfindung der während der Konfliktzeit angestellten Ärzte zu entrichten.

Das soll auch geschehen in den süddeutschen Staaten, in welchen besondere Abkommen bestehen, wenn die dort tätigen Kassenärzte sich gleichfalls auf den Boden des Abkommens stellen und sich an der Aufbringung der Mittel, wie im Berliner Abkommen vorgesehen, beteiligen.

Bölsender-Leipzig wandte sich gegen den Referenten, der die örtlichen Kollektivverträge verneint habe. Er verlangt neben dem Kollektivvertrag den Abschluß eines Vertrages mit jedem einzelnen Arzt.

Ein Schlußantrag wurde abgelehnt und gegen eine starke Minderheit die weitere Debatte auf Mittwoch vertagt.

Kommunales.

Auf Gemeindefosten schmanzende Pressevertreter. Die Dorf- und Stadtgemeinde Brackel hat als Einwohner Vergleute, Fabrikarbeiter und etliche Landwirte. Als Amtmann regiert dort ein Herr von Goeßel. Die Gemeinde hat nun ein größeres Gelände erworben zur Errichtung eines Villenviertels. Man will von der Nähe der Großstadt profitieren und leistungsfähige Steuerzahler nach Brackel ziehen. Um den Plan zu fördern, soll Reklame gemacht werden; dazu wurden 100 Mk. bewilligt. Um die Reklame wirksam zu gestalten, glaubte man sich der Gunst der Pressevertreter zu bedienen. Also wurden einige bürgerliche Pressevertreter zu einem Rundgang eingeladen, woran außer dem Amtmann, dem Amtsbaumeister und der stellvertretenden Vorsteher teilnahmen. Der Rundgang, an dem im ganzen acht Personen teilnahmen, sollte mit einem Fimbriolen. Soweit ist die Sache noch erträglich. Aber die acht Personen aßen und tranken nach Herzenslust und die Rechnung, die gemacht wurde, betrug nur 216 Mark, machte für die einzelne Person 27 Mk. Die Gemeinde muß zahlen, die Gemeinde, die 260 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer erhebt. Die Angelegenheit erregte großen Unwillen in der Gemeinde, auch ist in der Gemeinderatsitzung die Sache schon zur Sprache gebracht worden. Die auf Gemeindefosten schmanzenden bürgerlichen Pressevertreter werden demnächst wieder mit dem Feuer glühendster Empörung über sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Gemeinden wettren.

Aus dem Gerichtssaal.

Landesverratsprozess Bohl. Der Prozess gegen den Polizeidirektor Walter Bohl vom 1. Westpreussischen Pionier-Regiments Nr. 17 wegen Verrats militärischer Geheimnisse an fremde Mächte, insbesondere an Rußland, begann am Dienstag vor dem Kriegsgericht der Berliner Kommandantur. Bohl wurde Anfang dieses Jahres als Schreiber zur 1. Inspektions-Inspektion nach Berlin abkommandiert. In dieser seiner Eigenschaft waren ihm auch Festungspläne, Sitzungen und andere sehr wichtige Dokumente zugänglich. Bohl hatte sich unerhebliche Schulden; auch wollte er heiraten. Um sich Geld zu verschaffen, setzte er sich mit dem Militärattache der russischen Botschaft in Verbindung und brachte diesem russischen von den ostpreussischen Festungen Pillau und Rügen. Er hat hierfür etwa 500 Mark erhalten. Inzwischen hatte

sich Bohl verdächtig gemacht und so gelang es ihm infolge seiner Verhaftung nicht mehr, die Festungspläne von Vorkum und Delgoand auszuliefern. Kopien von den Plänen hatte Bohl bereits angefertigt; auch hatte er sich mit dem russischen Offizier verabredet. Die Ermittlungen ergaben auch, daß Bohl mit dem Berliner Kaufmann Ryt Kaul, der sich als Rußland Spionage trieb, in Verbindung stand. Kaul war unverdächtig zu sein, von Rußland mit dem Dokortitel versehen worden. Bohl war sofort gefänglich. Zur Verhandlung waren fünf Zeugen geladen. Bei der Feststellung der Personalkosten wurde bekannt, daß Bohl einmal wegen Mißhandlung zu fünfzehn Tagen Mittelarrest verurteilt und später wegen Schuldenmachens einmal verwahrt worden ist. Erhöhter laut sein Zeugnis: dienstlich und moralisch vorzüglich. Die Verhandlung wurde wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Nach mehrstündiger Dauer wurde in öffentlicher Sitzung folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte wird wegen Verrats gegen das Spionagegesetz vom 8. Juli 1898 und wegen Bestechung zu einer Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust, Ausstoßung aus dem Heere und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht verurteilt. Die beim Angeklagten vorgefundenen 500 Mark wurden für die Staatskasse beschlagnahmt. Die Begründung des Urteils wurde aber in nichtöffentlicher Sitzung gegeben.

Kasernen-Drama. Der schon wegen Fahnenflucht bestrafte 29jährige Arbeitsvolk Alois Böber aus Dittroth (Elsaß) hatte am 24. Juni mit anderen Kameraden am Fort Viehler gearbeitet. Das Kasernenleben veranlagte ihn, abermals zu entfliehen. Schon nach 1 1/2 Stunden fand man ihn in einem Roggenacker. Er hatte seine Jacke und Mütze fortgeworfen und gab bei seiner Festnahme zu, er habe nach Frankreich fliehen wollen, um sich dauernd dem Militärdienst zu entziehen. Das Kriegsgericht in Mainz verurteilte Böber zu 6 Jahren und 7 Tagen Zuchthaus, Ehrverlust und Entfernung aus dem Heere. — Was mag der Mann vor seiner Flucht ausgedenkt haben?!

Kriminaltalent und Zukunftsstaat. Vor dem Obersten Schöffengericht wurde dieser Tage gegen den früheren zweiten Geschäftsführer des Konsumvereins „Vorfahrt“ verhandelt. Der Mann ist des Diebstahls zum Schaden der ihm unterstellten Angestellten überführt und zwar gelang die Ueberführung zwei Lagerhaltern, von denen einer bestohlen wurde. Der Bestohlene, der als Zeuge geladen war, erörterte vor dem Gericht die Art der Entlarvung des Diebes, was den vorliegenden Richter zu der Bemerkung veranlagte: „Da haben Sie aber ein kriminalistisches Talent entwickelt, das Sie im Zukunftsstaate nicht nötig haben dürften.“ — Von einem Mißkann man nicht wohl reden, denn Richter haben bei der Verhandlung von Strafprozessen erst zu sein. Sie verlangen das ja auch von den Prozeßbeteiligten. Es handelt sich bei der Bemerkung zweifellos um die Manifestation eines Gedankenenganges, der nicht unwesentlich durch die Mär von den „sozialdemokratischen Konsumvereinen“ beeinflusst sein dürfte. Damit ist auch ein Streiflicht auf die Art geworfen, wie preussische Richter sich mit Prozessen abzufinden pflegen, die irgendwie mit der Arbeiterbewegung im Zusammenhang stehen. Der Prozess wurde vertagt, da der Angeklagte auf seinen Geisteszustand untersucht werden soll.

Lebenslängliche Sühne. Das Schwurgericht in Freiburg i. B. verurteilte den 37jährigen Fleischer Grether aus Badenweiler, der in der Nacht vom Ostermontag zum Osterdienstag die 77jährige Rentnerin Sutter in ihrer Villa ermordete und beraubte, zu lebenslänglichem Zuchthaus und Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Aus Nah und Fern.

Der Lohnkampf in der Lausitzer Textilindustrie. Dienstag sind einige Vertreter des Berliner Zentralverbandes der Gewerkschaften in Kottbus eingetroffen, um mit den Vertretern der Textilarbeiter zu verhandeln. Eine Änderung hat die Lage nicht erfahren. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern sind bisher nicht wieder aufgenommen worden, und wenn die streikenden Walkerearbeiter in Forst die Arbeit bis zum Sonnabend nicht aufgenommen haben, tritt die gegen die gesamten Textilarbeiter der Lausitz verhängte Aussperrung in Kraft.

Zur Aussperrung der Solinger Waffenarbeiter. Nachdem am Freitag bereits die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes den Vorstand beauftragt hatte, mit dem Verbands der Solinger Fabrikanteneine allgemeine Aussperrung in die Wege zu setzen, hat Montag die Generalversammlung des Verbandes der Fabrikanteneine ebenfalls die Generalaussperrung beschlossen, falls vorherige Verhandlungen im Einigungsamt in aller kürzester Zeit nicht zu einer Einigung führen. Von der Aussperrung würden 18 000 organisierte und etwa 6000 nicht organisierte Arbeiter betroffen.

Schweres Autounglück. Gestern morgen ereignete sich auf der Chaussee zwischen den Dörfern Dauer und Görlitz bei Brenzlau ein schweres Autounglück. Ein Automobil der Berliner Zeitungsfirma Woffe, das täglich die Blätter des Verlages nach den Ostseebädern befördert, fuhr mit voller Geschwindigkeit gegen einen Baum. Es überschlug sich und wurde vollständig zertrümmert. Der Chauffeur ist tot, über die Ursache des Unfalls war bisher nichts zu ermitteln.

Ostelbische Herrenmoral. Ein Arbeiter, der bei dem Gutsvorsteher, Rittergutsbesitzer Herrmann in Sellin (Kreis Königsberg i. d. Neumark) landwirtschaftlich tätig war, hatte den Dienst aufgegeben und sich eine andere Stellung gesucht. Hier wurde er gefänglich, nachdem der Gutsvorsteher Herrmann zum neuen Arbeitgeber gesagt hatte, der Arbeiter sei kontraktbrüchig geworden. Dieser erschien dann auf dem Landratsamt, gab das Sachverhältnis zu Protokoll und knüpfte daran die Bitte, der Landrat möge veranlassen, daß der Gutsvorsteher nicht mehr über ihn unwahre Behauptungen verbreite und ihn dadurch schädliche. Er bestritt, unberechtigt aus dem Dienst gegangen zu sein. Der Landrat ersuchte darauf den Gutsvorsteher Herrmann um eine Auskunft darüber, wie sich die Sache verhalte. Herrmann erklärte dem Landrat: Er lehne die Beantwortung der Frage ab, da es sich um eine private Angelegenheit handle; er gebe der Erwartung Ausdruck, daß sich der Landrat in Zukunft nicht mehr in seine persönlichen Angelegenheiten mischen werde. Der Landrat verhängte dann über Herrmann als Gutsvorsteher die Disziplinarstrafe des Verweises. Der Regierungspräsident in Frankfurt a. O. verwarf die Beschwerde Herrmanns, weil er in seiner Antwort, nämlich in dem letzten Satz, die Achtung verletzt habe, die er dem Landrat als seinen Dienstvorgesetzten schuldig sei. Das Oberverwaltungsgericht verwarf die nunmehr von Herrmann gegen den Regierungspräsidenten angestrebte Klage ebenfalls. Hoffentlich klagt nun der geschädigte Arbeiter gegen den Gutsvorsteher Herrmann auf Schadenersatz, damit sich der Herr in Zukunft davor hütet, über Arbeiter unwahre Behauptungen zu verbreiten.

Ein neuer Höhenrekord. Der Chesilot der Deutschen Flugzeugwerke in Leipzig-Oberndorf unternahm Dienstag früh einen Angriff auf den Höhenweltrekord und erreichte hierbei eine Höhe von 7600 Metern.

Spionage ohne Ende. Am Montag wurde in der Nähe der ostpreussischen Feste Boyen bei Böhen ein russischer Spion verhaftet. Er wurde festgenommen, als er gerade Vermessungen an den Festungswällen unweit des Raftenburger Lozes vornahm. Im Verhör gab er an, russischer Major zu sein. — Aus T r i e r wird gemeldet, daß dort seit 14 Tagen zwei Angestellte der Disserdinger Glättenwerke, die einen Ausflug nach der benachbarten französischen Grenzfestung Montmehy unternommen haben, vermißt werden. Jetzt wird gemeldet, daß beide in Begleitung eines ihnen befreundeten französischen Unteroffiziers eingehend die Festung besichtigt und dabei einige photographische Aufnahmen gemacht haben. Beide sollen jetzt angeblich in Haft gehalten werden, ebenso wie der französische Unteroffizier, den sie be suchten.

Ein Flüchtiger. Ein 24jähriger Aushilfschreiber der Kölnner Reichsbankniederstelle in Köln-Nippes hat die Barmer Reichsbankniederstelle mit Hilfe eines Guthausformulars, auf dem er den Namen des Direktors gefälscht hat, um 45 000 Mk. betrogen. Der junge Mann hat sich auf dem „Imperator“ nach Amerika eingeschifft. Durch Funk spruch ist dafür gesorgt, daß er in Newyork festgenommen wird.

Ein Sittenkandal. In Weine wurden vier gutskutierte Mütter wegen Vergehens an schulpflichtigen Mädchen verhaftet. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Tod des russischen Hof-Geheimbetters. Der bekannte Mönch Kasputin, der dieser Tage das Opfer eines Überfalles seitens einer Frau wurde, ist den erlittenen Verletzungen erlegen.

Ein blutiges Eifersuchtdrama. hat sich in Nowawes abgepielt. Der 22 Jahre alte Kanonier Schmargerick vom 4. Garde-Feldartillerie-Regiment in Potsdam hat seine frühere Braut, die 18 Jahre alte Minna Meier, aus Eifersucht erschossen und sich dann selbst durch zwei Schüsse tödlich verletzt.

Schreckstat eines Wahnsinnigen. Ein Soldat des 2. Jäger-Regiments in Orient wurde auf dem Übungsgelände von einem Hirsch getötet und vom Wahnsinnigen befallen. Er zog seinen Säbel, schlug auf zwei Pferde ein und griff seine Kameraden an, von denen mehrere verletzt wurden. Nur mit Mühe gelang es schließlich, den Wahnsinnigen zu überwinden.

Opfer der Berge. über das Touristenunglück am Großen Benediger wird gemeldet, daß bei einer Tour auf den Großen Benediger fünf Touristen in einen heftigen Schneesturm gerieten und umkamen. Drei von den Unglücklichen, welche sämtlich aus Wiener Neustadt stammen, ferner ein Privatbeamter aus Graz sind legitimiert. Die Identität eines jungen Mannes, anscheinend ein Student, der feinerlei Papiere hatte, ist bisher nicht festgestellt. Die Leichen wurden unter großen Schwierigkeiten geborgen und befinden sich auf dem Transport nach Windisch Mattrei. Nähere Einzelheiten über das Unglück fehlen noch. — Bei einer Tour in die Algauer Alpen sind die Stuttgarter Kaufleute Jacob und Mans verunglückt. Die Leiche des letzteren ist bereits geborgen worden.

Hansi bleibt in Frankreich. Der Zeichner Walsh, genannt Hansi, ist bis Dienstag abend 6 Uhr nicht nach Colmar zurückgekehrt, hat also die ihm gewährte Frist verstreichen lassen, ohne sich zu stellen. Auch beim Kottbusser Zentralgefängnis, wo Hansi die einjährige Strafe abhien sollte, ist er nicht erschienen. Die Kaution soll vom Verleger des Walsh, Fleury, aufgebracht worden sein.

Zum Massenmord in Italien. Wie sich jetzt herausstellt, verübte Pianetta die Mordtaten nicht in Camerata Cornello, wo er wohnhaft ist, sondern in dem benachbarten San Giordano di Bianca. Er tötete zuerst den Arzt Morali, dann den Pfarrer Valenti, der seine kranke Mutter pflegte, die infolge der Tragödie im Sterben liegt, sodann den Gemeindefunktionär Giudici und dessen Tochter Valeria in ihrem Hause, unterwegs einen Gemeindefunktionär, einen Schuhmacher und dessen Bruder. Er scheint aus Rachsucht gehandelt zu haben.

Die Sinesgarde im Haag. Der Straßenbahnarbeiterstreik im Haag hat Montag abend mehrere Zwischenfälle gezeitigt. Die Unruhen dauerten die ganze Nacht, wobei 15 Personen schwer verwundet wurden. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Sportliches.

Fußball-Wettspiel. Lübeck I Harburg 1 : 1. Lübeck II Harburg II 2 : 1. In Harburg fanden sich obige Mannschaften am Sonntag, dem 12. Juli, im Wettspiel gegenüber. 1 1/2 Uhr spielten zuerst die zweiten Mannschaften. Harburg hat Anstoß und innerhalb 1 Minute ist der Ball in Lübecks Heiligtum; wenn Harburg aber glaubte, den Sieg schon in der Tasche zu haben, so wurde es von Lübeck bald eines besseren belehrt. Die von Nagorski gut eingeleiteten Angriffe brachten zwei schöne Tore und mit dem Schlußpfiff konnte Lübeck II das Feld als Sieger verlassen. Um 4 Uhr begannen die ersten Mannschaften und hier waren es zwei gleich gute Mannschaften, die um den Sieg kämpften. In der 30. Minute gelang es den Halblinken Harburgs unhaltbar einzusetzen. Jetzt riß sich aber Lübeck mächtig zusammen, und schon in der 40. Minute vermandelte W. Dahn den von seinem Bruder gut vorgelegten Ball unhaltbar in die rechte Ecke. Mit 1 : 1 ging es in Halbzeit. Die immer gefährlicher werdenden Angriffe der Harburger spornten Lübecks Verteidigung auf das äußerste an, Schuß auf Schuß erfolgte auf Lübecks Tor, doch Beckmann mußte sein Heiligtum zu wahren und auch Harburg bereitete alle Angriffe der Lübecker und mit 1 : 1 mußten sich die Mannschaften in die Ehren des Tages teilen. Ein frühliches Beisammensein im Klubheim ließ bald jedem die Mühen des Tages vergessen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 14. Juli. Auftrieb 5200 Schweine. Markt mittelmäßig. Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 52.— bis 53,00 (41,50 bis 42,50), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 52,00 (— bis 41,50), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 53,50 bis 54.— (41,50 bis 42.—), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 54.— bis 54,50 (42.— bis 42,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 50.— bis 53.— (38.— bis 40.—), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., — bis 47.— (— bis 37,50), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Proz., 40.— bis 45.— (31.— bis 35.—) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

